

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM,
ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zöllicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 12/15. Jahrgang

17. Juni 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Neue deutsche atomare Ansprüche

Alte Pläne im neuen Gewand

Von Dr. Hans Modrow

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden gegenwärtig Projekte aus der Versenkung geholt, um die es in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit recht still geworden war: Pläne, die den Weg zur Schaffung einer sogenannten Europäischen Atomstreitmacht ebnen sollen. Noch 1988 hatte die CDU ein sicherheitspolitisches Grundsatzprogramm verabschiedet, das die Regierungen in London und Paris aufforderte, ihr nukleares Potential in eine „gemeinsame Europäische Sicherheitsunion einzubringen“, die früher oder später auch „über einen europäischen Verteidigungsrat als politische Entscheidungsinstanz“ verfügen solle. Und ein Jahr später, im Dezember 1989, erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl Lamers, in einer Debatte des Bundestages ziemlich unumwunden: „Die französischen und natürlich auch die britischen Nuklearwaffen müssen eine europäische Funktion erhalten“, und „die Bundesrepublik Deutschland (muß) ... ihre Haltung vor allem zur Zukunft des Nuklearen deutlicher machen als bisher“.

Dann, nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, als die Welt besonders argwöhnisch auf deutsche Großmachtambitionen blickte, wurde es leise um deutsche atomare Ansprüche. Doch wurden sie tatsächlich ad acta gelegt? Ernste Zweifel sind leider angebracht.

Wie aus einem kürzlich in Brüssel veröffentlichten Bericht des Verteidigungskomitees der Versammlung der Westeuropäischen Union hervorgeht, haben WEU-Experten in einer Studie die Entwicklung einer gemeinsamen Nuklearstrategie der Europäischen Union im Rahmen der EU-Verteidigungspolitik gefordert. Der Weg dazu soll durch die Einrichtung einer nuklearen Koordinierungsgruppe auf westeuropäischer Ebene unter Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland gebahnt werden. Für den Fall, daß die gemeinsame EU-Nuklearstrategie nicht zustande kommt, sieht die Studie nur die Möglichkeit, daß Deutschland eigene Kernwaffen entwickelt.

Obwohl die Behandlung der Studie durch die WEU-Versammlung erst noch erfolgen soll, sie ist für die Mitte Juni in Paris stattfindende Tagung vorgesehen, zeichnet sich bereits mit ihrer Vorlage eine Entwicklung ab, die zu Recht Besorgnis hervorruft. Offenkundig sind einflußreiche Kräfte in den WEU-Staaten bemüht, eine neue Phase der Militarisierung der Europäischen Union einzuleiten.

Anstatt ein kollektives Sicherheits-

system im Rahmen der KSZE zu schaffen und sich auf nichtmilitärische Mittel der Krisenvorbeuge und -bewältigung zu konzentrieren, wird die WEU als militärischer Arm der Europäischen Union Schritt für Schritt zu einem höchst überflüssigen neuen Militärblock ausgebaut, der nun, und das eben zeigt der Bericht aus Brüssel, auch mit

einer nuklearen Komponente ausgestattet werden soll.

Was die Pläne zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die vorgeschlagene nukleare Koordinierungsgruppe anbelangt, so entsprechen sie den schon erwähnten langjährigen Bestrebungen maßgeblicher Kreise der Bundesrepublik, über eine „europäische Option“ zu

einer Verfügungsgewalt über atomare Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Derartige Pläne stehen, auch wenn sie in einem neuen Gewand erscheinen, in einem diametralen Widerspruch zu gültigen internationalen Vereinbarungen und zu völkerrechtlichen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik, vor allem mit ihrer Unterschrift unter den Kernwaffensperrvertrag und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, eingegangen ist. Im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 heißt es unzweideutig: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.“

Die PDS/Linke Liste im Bundestag, die für ein umfassendes und vollständiges Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von Kernwaffen eintritt, hat die Bundesregierung deshalb aufgefordert, die eingegangenen Verpflichtungen strikt zu achten und Pläne zur Entwicklung einer gemeinsamen militärischen Nuklearstrategie der Europäischen Union zurückzuweisen. Sie hat darauf hingewiesen, daß nicht Pläne für neue Nuklearstrategien, sondern entschlossene Schritte zur nuklearen Abrüstung zeitgemäß sind.

Eine Reaktion der Bundesregierung steht noch aus. Das ist um so bemerkenswerter, da sie erst unlängst in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrea Lederer und der Gruppe der PDS/Linke Liste im Bundestag versichert hat, daß mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag der Verzicht auf ABC-Waffen bekräftigt und multilateralisiert worden sei. „Die Auffassung, der Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf ABC-Waffen werde mit einer gemeinsamen europäischen Verteidigung rechtlich hinfällig, hat damit“, so die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 2. Mai dieses Jahres, „nicht Eingang in den Zwei-plus-Vier-Vertrag gefunden.“

Inzwischen, Ende Mai, wurde die WEU-Studie zur Entwicklung einer gemeinsamen Nuklearstrategie der Europäischen Union unter Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Man darf gespannt sein, wie sich die bundesdeutschen Vertreter auf den bevorstehenden Beratungen verhalten werden.

GROSSDEMONSTRATION

Für eine politische und demokratische
Lösung der kurdischen Frage

Frankfurt/Main, 25. Juni 1994, 11 Uhr, Rebstockgelände

Aufruf und Unterstützerliste Seite 2



Mit massiven bundesweiten Warnstreiks reagiert die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) auf die Weigerung der Postarbeitsgeber, einen Tarifvertrag über die Sicherung der sozialen Besitzstände der Postbeschäftigten abzuschließen. Ziel der DPG ist es, daß über die Privatisierung der drei Postunternehmen hinaus, die abschließend im Bundestag Ende Juni und im Bundesrat im Juli entschieden wird, diese Besitzstände abgesichert werden und dann nicht von den Aktiengesellschaften nach Gutsherrenart eingeschränkt oder ganz

gestrichen werden. Das gesamte Paket umfaßt die Sicherung der Krankenversicherung, von neun betrieblichen Sozialleistungen, über zehn betrieblichen Sozialangelegenheiten, vier Selbsthilfeeinrichtungen sowie der Wohnungsfürsorge, zu deren Bestand etwa 100 000 Wohnungen gehören. Der Zeitrahmen für die Durchsetzung ist durch die Lesung im Bundestag gesetzt. Sollte bis dahin kein Sozialtarifvertrag abgeschlossen sein und die SPD für die Privatisierung stimmen, dann wehe für die Postbeschäftigten. — (sip)

Für eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage

**Aufruf zur Demonstration
am 25. Juni in Frankfurt/Main**

Der schreckliche Krieg in Kurdistan wird zum Auftakt der Auslöschung. Die gesamte kurdische Bevölkerung wird unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung“ vom türkischen Staat bedroht. 20000 Menschen verloren in den 10 Jahren des Krieges ihr Leben. Die allermeisten als Zivilisten. Über 1000 Dörfer und auch Städte wurden gewaltsam entvölkert und zerstört. Noch im Mai 1994 wurden 74 Orte dem Erdboden gleichgemacht. Über 2 Millionen Menschen, vorwiegend aus der Landbevölkerung, befinden sich auf der Flucht im eigenen Land. Zuletzt flohen 35000 Flüchtlinge nach Südkurdistan (Irakisch-Kurdistan).

Die türkische Regierung verlegte noch im März 1994 zusätzlich 150000 Soldaten in das Kriegsgebiet. Damit sind es insgesamt 500000 Militärs, die zu einer erklärten Gegenoffensive gegen die Kurdinnen und Kurden antreten. Mit dieser Politik ereignet sich die blutige Fortsetzung der Vernichtungsmaßnahmen des osmanischen Reiches, die 1905 mit dem Massaker an 1,5 Millionen Griechen und 1915 an 3 Millionen Armeniern grausame Wirklichkeit wurden. Es handelt sich, damals wie heute, um Völkermord, der geleugnet und verschwiegen wird. Auch für die Türkei sind die Konsequenzen jedenfalls im politischen und wirtschaftlichen Bereich unabsehbar negativ: Die Inflation beträgt nunmehr 130%, die Preise für Nahrungsmittel sind innerhalb eines Jahres um das Dreifache gestiegen, und 1/3 des Staatshaushaltes müssen aufgewendet werden, um die Vernichtung der Kurden zu finanzieren.

Diese Politik der verbrannten Erde wird maßgeblich von westlichen Staa-

ten geduldet und gefördert. Ganz wesentlich ist dabei die Hilfe der Bundesregierung. Ohne diese gesamte Unterstützung könnte der türkische Staat seinen Krieg nicht fortsetzen. Doch besonders die Bundesregierung ergreift neben der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Hilfe für den türkischen Staat, die Beihilfe zum Völkermord bedeutet, obendrein Maßnahmen gegen die in Deutschland lebenden Kur-

dinnen und Kurden. Deren Kriminalisierung und Stigmatisierung soll verhindern, daß sie ihre eigene Kultur ausüben und ihre Identität finden. Und die BRD schreckt nicht davor zurück, die Rechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit einzuschränken, die Presse- und Meinungsfreiheit zu begrenzen — und damit einen schweren Schlag selbst gegen die eigene Demokratie zu führen. Die BRD ist blind

genug darin, nicht erkennen zu wollen, daß alle diese Mittel nichts an der Unterstützung der KurdInnen für ihre Befreiungsbewegung ändern werden. Nicht einmal die geplanten Auslieferungen der Abgeschobenen an den türkischen Staat, die wir dennoch verhindern müssen.

Trotz aller Vernichtung und Unterdrückung haben die Kurdinnen und Kurden den festen Glauben an die Möglichkeit von Frieden, Freiheit und ihren Widerstandskampf nicht verloren. Diesen festen Willen zu einer demokratischen und politischen Lösung ihrer Sache haben die Kurden und ihre legitimen Vertreter oftmals auf Veranstaltungen in der Bundesrepublik und zuletzt auch auf der Internationalen Nordwestkurdistan-Konferenz in Brüssel (12./13. März 1994) bekundet. Die kurdische Frage, die internationale Bedeutung gewonnen hat, braucht gerade jetzt diese Orientierung an einer zivil-demokratischen Lösung.

Die westlichen Staaten, vor allem die Bundesrepublik, sind wegen ihrer Verantwortung für die Ereignisse gerade aufgefordert, jetzt ihren ganzen Einfluß innerhalb der NATO, der KSZE und der UN einzusetzen, um die Türkei zur sofortigen Achtung der Menschenrechte, zur unverzüglichen Außerkraftsetzung aller Notstands- und Sondergesetze, zur Anerkennung der kurdischen Identität und zum Dialog mit den verantwortlichen Vertretern der Kurden zu veranlassen.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik auf, sich an der Demonstration für eine demokratisch-politische Lösung in Kurdistan zu beteiligen.



Wir fordern:

Die Verurteilung der Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat in Kurdistan;
den sofortigen Stopp der deutschen Rüstungslieferungen an die Türkei;
keine Abschiebung von Kurdinnen und Kurden in die Türkei;
die Aufhebung des Verbots gegen kurdische Organisationen und Vereine in Deutschland;
die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes.

Es rufen auf zur Demonstration am 25.6. (Stand 11.6.):

AK gegen den Kurdenprozeß Frankfurt, Antifa Karlsruhe, AStA FH Frankfurt/M., BWK, Deutsch-kurdischer Freundschaftsverein Köln, Deutsch-kurdischer Freundschaftsverein Mainz, DPK Gießen, Deutscher Gewerkschaftsbund Heidelberg, Freunde des kurdischen Volkes Hamburg, Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Gießen, Gesellschaft Schweiz-Kurdistan, Infozentrum freie Völker Köln, Jugend gegen Rassismus in Europa, Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ), Kurdistan-Info Zürich, Kurdistan Komitee Karlsruhe, Kurdistan-Solidarität Hannover, Kurdistan-Solidaritätskomitee München, Kurdistan-Solidarität Nürnberg/Erlangen, medico international, Münchner Bündnis gegen Rassismus, PDS/Linke Liste Hamburg, Schweizer Kurdistandelektion, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend LV Baden-Württemberg und OG Karlsruhe, Steffi Karlsruhe, Verein Partnerschaft 3. Welt Gießen e.V., Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg

AKTUELL IN BONN

Für Euro-Betriebsrat

Der Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, hat Bundeskanzler Kohl aufgefordert, während der deutschen Präsidentschaft in der EU in der zweiten Hälfte des Jahres 1994 das Gesetz über die Euro-Betriebsräte voranzutreiben: „Endlich müsse die verbindliche Richtlinie her.“ Der jetzt von der EU-Kommission verabschiedete Richtlinienentwurf zur Bildung europäischer Betriebsräte bleibt nach Ansicht der IG Metall zwar weit hinter der Regelung der deutschen Betriebsverfassung zurück. Er eröffne aber Chancen zur sozialen Gestaltung Europas. Zwickel wirft der EU-Kommission vor, die Verabschiedung der Richtlinie mehrfach verschleppt zu haben.

„Wir für Deutschland“

Das Vorbild der neuen Kampagne „Wir für Deutschland“ ist die Wiederwahlkampagne für Ronalds Reagan 1984. Damals gelang es, mit einem Wahlkampf ohne Themen — mit Fernsehspots, die schöne Landschaften, glückliche Hochzeitspaare und flatternde US-Fahnen zeigten — nationale Gefühle zu erwecken. Unwiderrspochen war je-

doch das Ziel: Reagans Wiederwahl. Die neu gegründete „Wir in Deutschland“-Kampagne dient faktisch Kohls Wiederwahl. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl, am „Tag der Einheit“, will sie in Berlin ein nationales Volksfest auf die Beine stellen. Während den Kern CDU-nahe Unternehmer und Kohl-Berater (wie Boenisch) stellen, dürfen Rappe (IG Chemie), Georg Leber (Ex-SPD-Minister) und Willi Artens (IG Textil) auf dem Trittbrett mitfahren.

Grüner-Punkt-Exportfolge

Die Plastikabfälle mit dem Grünen Punkt addieren sich pro Jahr auf 420000 Tonnen. Davon werden nur gut die Hälfte, 220000 Tonnen, im Inland „verarbeitet“ oder gelagert. Jährlich 220000 Tonnen werden — in der Regel mit Lkw — europa- und weltweit exportiert. So entstehen nach offiziellen Angaben der Grüne-Punkt-Firmen mit deutschem Müll in Indien Hartschalenkoffer, in Bulgarien Müllsäcke oder in Frankreich Zaunpfähle. Eine zwar extrem energieaufwendige Art der Produktion, in den Augen der Grüne-Punkt-Manager jedoch das Ideal einer schönen neuen Plastik-Kreislaufwelt. Wobei z.B. Indien bisher so freundlich war, nun sei-

nerseits nicht den indischen Müll in die BRD zu verbringen, um diesen zu Kon-domen verarbeiten zu lassen.

Antirassismus-Gesetz vom Tisch

Zur Ablehnung des Entwurfs eines Antirassismus-Gesetzes am 26. Mai im Bundestag durch alle anderen Fraktionen erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS/LL, Ulla Jelpke: CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE haben gestern abend geschlossen den von der PDS/LL eingebrachten Entwurf eines Antirassismus-Gesetzes in 2. und 3. Lesung abgelehnt. Schon die Terminierung dieser Entscheidung auf den späten Abend unterlag offenbar dem Kalkül, diesen Gesetzentwurf möglichst geräuschlos vom Tisch zu bekommen. Ziel sollte es sein, eine Grundlage zu schaffen, um rassistisch motivierte Diskriminierung in allen Lebensbereichen zu ahnden, deren Wiedergutmachung zu regeln und die Stellung der Ausländerbeauftragten zu stärken.

Bundesrat stoppte Gesetzentwürfe

Der Bundesrat hat 13 Gesetzentwürfe, die vom Bundestag bereits verabschiedet waren, zum Teil auch mit Stimmen von CDU/CSU-regierten Ländern an

den Vermittlungsausschuß verwiesen oder abgelehnt. Folgende Gesetzentwürfe lehnte der Bundesrat u.a. ab:

- das Verbrechenbekämpfungsgesetz;
- das Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz für in der DDR enteignetes Vermögen;
- die Fünft^e Novelle zum Arzneimittelgesetz;

Den Vermittlungsausschuß rief er bei folgenden Gesetzentwürfen an:

- Beschäftigungsförderungsgesetz, Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit und Gesetz zur Verlängerung des Schlechtwettergeldes.
- Änderung des Versicherungsrechts, um beispielsweise Risikozuschläge für Ausländer bei der Kfz-Haftpflichtversicherung auszuschließen;
- Gesetzentwurf über den privaten Bau von Autobahnen.

Was kommt demnächst

Am 16. Juni wird die Kieler Woche eröffnet. Am Wochenende 16./17. Juni finden verschiedene Landesparteitage, u.a. von Bündnis 90/Die Grünen, zur Aufstellung der Bundestagswahlliste statt. Am Sonntag, den 17. Juni, erhält Bundeskanzler Kohl den „Adenauer-Freiheitspreis 1994“ verliehen.

Rechte Formierung und linker Aufbruch

Erste Überlegungen zu den Ergebnissen von Europawahlen und Kommunalwahlen

Ein hervortretendes Ergebnis der Europawahlen ist die Konstituierung einer europaweiten Rechten, die mit den Faschisten paktiert, oder auch von Faschisten. Das reaktionäre Maastricht-Europa mobilisiert seine Anhänger. Die Aussicht, mit durch Institutionen wie EU, WEU, NATO gesichertem Rücken im jeweiligen nahen Ausland als Vormacht wirken zu können, lockt. Der Niedergang Jugoslawiens, die schwierige Situation der nordafrikanischen Staaten, die Situation im östlichen Europa, diese Krisenherde können auch als Expansionsfelder gesehen werden.

Der neue Faschismus hat die Möglichkeit, in seiner Propaganda eine Abgrenzung zum früheren Faschismus vorzugaukeln. Der Hitlerfaschismus bedeutete Krieg mit den Nachbarn. Neuer Faschismus im Organisationsrahmen von EG und EU bedeutet Krieg im Bündnis mit den EG-Nachbarn gegen Nicht-EG-Nachbarn. Der dieser Situation entsprechende Chauvinismus muß sich nicht einfach als deutscher, italienischer usw. produzieren, sondern kann im Rahmen der „Nation Europa“ auftreten. Das ist ein Umstand, der die faschistische Propaganda enorm entlastet.

Auf der Kehrseite dieser Art Nachbarschaftlichkeit steht das Feindbild „Ausländer“, Nicht-EG-Ausländer.

Besonders offensichtlich findet der faschistische Konstituierungsprozeß in Italien statt, wo das Berlusconi-Bündnis jetzt auf über 50 % kam. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, daß dies Bündnis anfängt, italienische Gebietsforderungen gegen die Nachfolgestaaten des alten Jugoslawien zu artikulieren. Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender Kohl hat angekündigt, sich um die Aufnahme der Forza-Abgeordneten in die Fraktion Europäische Volkspartei/Christdemokraten (EVP) bemühen zu wollen.

In der BRD ist der Organisationsprozeß der Faschisten in Schwierigkeiten geraten, und ihre Verbindungen ins bürgerliche Lager sind gestört. Die Republikaner scheiterten bei der Europawahl. Da jedoch die Verbindungen der

REP zu den faschistischen Mordbrennern inzwischen offensichtlich geworden sind, müssen die Verluste der REP relativiert werden. Es bildet sich in Deutschland ein Kern hartgesottener Nazis heraus. Um die 4 %, in der alten BRD 4,2 %, in den neuen Ländern 3 % ...

Ein möglicher Grund für eine Schwächung der Faschisten in der BRD kann aber auch im Versagen der politischen Ordnung des Kapitalismus im östlichen Europa liegen. Deutscher Imperialismus braucht, so wie die geschichtlichen Verhältnisse liegen, weiche Gegner, er will herbeigerufen und gebeten werden. Da die Versprechen, die im Osten Anschlußmentalität erzeugt haben, nicht eingelöst werden können, und für die Menschen, einzelne wie ganzen Volksgemeinschaften, nicht die Möglichkeit besteht, auf dem kapitalistischen Weg vorwärtszukommen, entsteht eine Tendenz zur Opposition und Kritik. Weil so viele Menschen ohne Chance in der Konkurrenz stehen, gibt es nach dem ersten Schock einen Trend zurück zu mehr Solidarität. Kritik und Solidarität führen nach links. Die Rechten stoßen nicht mehr in ein politisches Vakuum. In den Ländern aus der alten DDR gelang es den Faschisten nicht, sich wie gehofft im großen Stil zu etablieren.

Die Festigung der PDS auf so hohem Niveau muß auf einer Vielzahl von Gründen beruhen. Für die Auseinandersetzung mit den Faschisten ist sehr wichtig, daß eine — regional — so große Partei in wichtigen „nationalen Fragen“ (Militäreinsätze, Ausländerausgrenzung, Kurdenverfolgung, pogrombegünstigende Gesetze) nicht mit den Herrschenden paktiert und auch nicht liebäugelt.

Im Westen macht die Festigung der Union den Haupteindruck. Der Einbruch der FDP wird mit Blick auf die Bundestagswahlen als bedingt beurteilt. Tatsächlich hat die Regierung vermocht, die Rezession in ihren Auswirkungen selektiv anzulegen, d.h. es gibt viele Leute, die währenddessen einwandfrei verdient haben. Das Ende der Rezession und die Sicherheit der angelegten Vermögenswerte, die Garantie

auch von Renten und v.a. Pensionen haben Kohl Wählerzustimmung gebracht.

Aber auch im Westen machen sich kritische Momente bemerkbar. Das zeigt sich in folgenden Tatsachen:

- Rückgang der Republikaner,
- Einbruch der FDP,
- Verschiebung von der SPD zu den Grünen,
- Zunahme der PDS West neben und mit den Grünen.

Wahrscheinlich versteht eine wachsende Zahl von Menschen, daß das gesellschaftliche Elend bewußt kalkuliert ist, eine beabsichtigte Folge ordnungspolitischer Maßnahmen, die zur Politik der selektiven Krisenbewältigung gehören.

Die breite Kritik an dieser Ordnungspolitik und an den faschistischen Schlägern, die ihr außergesetzlich Nachdruck verschaffen, hat sich jedoch noch nicht zur Formulierung gesellschaftlicher Alternativen aufschwingen können.

Der rechten Politik, der Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen, der Einrichtung von Existenzen minderen Rechts im eigenen Lande und von ganzen Ländern minderen Rechts in der Nachbarschaft, der Anstiftung von Expeditionskriegen, der Lebensorganisation in Wohlstandsfestungen in einem Meer von menschlichem Elend, dieser rechten Politik ist noch kein Schlag versetzt worden.

Überall werden jetzt die Konsequenzen für den Bundestagswahlkampf diskutiert. Die SPD versucht, mit einem Konzept der Krisenbewältigung und Wirtschaftsmodernisierung durch Staatseingriffe in eine führende Rolle hineinzuwachsen. Jetzt sieht es so aus, daß diese kapitaldevote Propaganda Wähler für Kohl reif macht. Nur noch die Grünen reden von einer Chance für Rot-Grün. Wahrscheinlicher ist eine Fortsetzung von Schwarz-Gelb. Aus dieser verbreiteten Lagebeurteilung kann die Gefahr politischer Apathie entstehen.

Es ist aber zu beachten, daß auch eine fortgesetzte CDU/CSU/FDP-Regierung von den Wahlergebnissen abhängen wird. Es stehen nämlich Verfas-

sungsänderungen ins Haus, und auch die Überwindung der Länderkammer braucht starke Mehrheiten.

Ein Wahlkampf, der dazu führt, daß die PDS neben und mit den Grünen wachsen kann und in den Bundestag einzieht, wird auch auf die SPD und deren Bundestagsabgeordneten in wichtigen anstehenden Fragen heilsam wirken.

Es hat sich in den letzten Jahrzehnten der BRD bereits abgezeichnet, daß die Opposition gegen die kapitalistische Ordnungspolitik sich nicht einfach in Parteifraktionen ausdrückt, sondern auch in Konflikten zwischen den Organisationsebenen bürgerlicher Politik, zwischen dem Bund und den Ländern, zwischen den Ländern und den Gemeinden. Die großen Erfolge der PDS bei den Kommunalwahlen im Osten — sie gehen ja weit über das hinaus, was die grün/alternative Bewegung im Westen bisher erreichen konnte — schaffen verbesserte Bedingungen für eine breite politische Selbsttätigkeit sozialer und kultureller Bewegungen.

Für die von uns immer wieder vertretene Politik der Frontbildung gegen die Reaktion ergibt sich als besonders bemerkenswert, daß eine vorteilhafte Entwicklung der PDS neben und mit den Grünen, nicht in Vernichtungskonkurrenz mit ihnen, möglich ist.

Ein denkbarer Grund hierfür ist, daß das „Versagen“ sozialdemokratischer Doktrinen als Orientierung für die Gewerkschaftsbewegung von den Grünen gar nicht aufgefangen werden kann. Die wachstums- und konkurrenzorientierten Wirtschaftskonzepte der Sozialdemokratie ermöglichen der Gewerkschaftsbewegung manchmal nicht einmal mehr die Diskussion sozialer Probleme, geschweige denn deren fortschrittlich Behandlung. Die PDS, die eine frei diskutierende, linke, sozialistische Partei sein will, kann Menschen in einer Perspektivdiskussion zusammenbringen. Hier gibt es ein Potential, das bereits heute und auch im Westen in Wahlprozenten meßbar groß sein dürfte.

— (maf)

Rund 81 % der 5,8 Millionen Stimmberechtigten beteiligten sich an der Volksabstimmung, um die in der Alpenrepublik seit Monaten eine heftige Propagandaschlacht tobte hatte. Das Ergebnis überraschte, da alle Welt mit einem Kopf an Kopf-Rennen von Befürwortern und Gegnern gerechnet hatte. Wie überwältigend die Zustimmung ausfiel, zeigt sich auch daran, daß es in keinem einzigen Wahlbezirk eine Nein-Mehrheit gegeben hat. Dem EU-Beitritt Österreichs im Januar 1995 steht damit nichts mehr im Weg.

Für den Beitritt hatten sich die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) stark gemacht, die zusammen die Regierung bilden. Aber auch die Unternehmerverbände und die SP-dominierten Gewerkschaften unterstützten die EU-Kampagne lautstark. Kein Wunder, daß Bundeskanzler Vranitzki (SPÖ) vom „größten Erfolg“ seiner Regierung sprach und Vizeminister Bussek (ÖVP) den „Hauch der Geschichte“ gespürt haben wollte. Hauptargument von Kapitalisten und Regierung: Die stark mit der EU, namentlich Deutschland verflochtene Wirtschaft werde was davon haben. Dabei will man sich offenbar vor allem mit Blick auf die Deutschen als

unverzichtbar für die weitere Ostexpansion andienen: Die EU, so argumentierte der einflußreiche Politikwissenschaftler und Publizist Portisch noch am Abstimmungsabend, „braucht uns als Verschlussstück“ für die weiteren Verhandlungen mit den Ländern Ost- und Südosteuropas. Und Bussek wies auf einer Pressekonferenz ebenso deut-

lament vertretenen Parteienspektrums entstanden viele Anti-EU-Bürgerinitiativen, die einen Beitritt aus unterschiedlichsten Motiven ablehnten.

Die Grünen votierten auf einem Parteitag im Vorfeld mehrheitlich gegen den EU-Beitritt. Als Gründe dafür führten sie vor allem umweltpolitische Themen ins Feld: so die zu erwartende Zu-

derheit für den EU-Beitritt.

Erste Abstimmungs-Analysen deuten darauf hin, daß die grüne Klientel der Parteipflicht mehrheitlich nicht gefolgt ist und mit Ja gestimmt hat. Das könnte vor allem auch damit zu tun haben, daß man sich in der ungeliebten Gesellschaft der rechten FPÖ befand. Jörg Haider ist zwar alles andere als ein entschiedener EU-Gegner, er wollte die Abstimmung aber zum „Denkzettel“ für die Regierung machen und ließ deshalb sein Parteivolk landauf landab mit allen Mitteln gegen die EG trommeln. Dabei setzten die Rechten vor allem auf das Schüren diffuser Ängste. So hetzte Haider, im Fall des Beitritts sei mit einer unkontrollierten Zuwanderung von Ausländern zu rechnen, die Kriminalität werde zunehmen. Noch die abstrusesten Parolen waren nicht dumm genug: Allen Ernstes warnte man vor EG-Joghurt, in dem keine Erdbeeren, sondern Schildläuse enthalten seien. Vermutlich hat gerade diese Emotionalisierung viele doch noch zum Ja bewegt. Eine Rolle dürfte auch gespielt haben, daß mit einem Erfolg Haiders bei der Abstimmung dessen Chancen, als Sieger aus den Parlamentswahlen im Herbst hervorzugehen, enorm gestiegen wären. — (jüg)

Österreich

Ja für EU auch ein Nein zu Haider

Überraschend deutlich fiel das Votum der Bevölkerung in Österreich für einen Beitritt des Landes zur Europäischen Union (EU) aus. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis stimmten 66,4% der Teilnehmer der Volksabstimmung am 12.6. für den EU-Beitritt Österreichs, 33,6% kreuzten Nein an.

lich auf die „geopolitische Situation“ des Landes hin, die Österreich für die Zusammenarbeit mit den „östlichen Nachbarn“ prädestiniere.

Gegen den Beitritt zur EU hatten sich sehr unterschiedliche politische Kräfte stark gemacht. Neben der deutsch-nationalliberalen FPÖ Jörg Haiders auf der rechten und den österreichischen Grünen auf der linken Seite des im Par-

lament vertretenen Parteienspektrums entstanden viele Anti-EU-Bürgerinitiativen, die einen Beitritt aus unterschiedlichsten Motiven ablehnten. Die Grünen votierten auf einem Parteitag im Vorfeld mehrheitlich gegen den EU-Beitritt. Als Gründe dafür führten sie vor allem umweltpolitische Themen ins Feld: so die zu erwartende Zunahme des Transitverkehrs nach einem Beitritt sowie eine Revision der Anti-AKW-Linie, die bislang in der österreichischen Energiepolitik gilt. Sie wiesen aber auch auf den drohenden Verlust der im Staatsvertrag mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs festgeschriebenen Neutralität hin und formulierten sozialpolitische Bedenken. Trotz des Nein-Beschlusses warb eine grüne Min-

Wir haben mit Schriftsatz vom 6.6.1994 die Beschwerde gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Angehörige der GSG9 wegen des Todes von Wolfgang Grams begründet und beantragt:

1. Die Einstellungsverfügung wird aufgehoben.

2. Die Staatsanwaltschaft Schwerin wird angewiesen, gegen die bereits als Beschuldigte ermittelten Beamten der GSG9 Nr. 6 und 8 sowie die weiteren am unmittelbaren Zugriff gegen Wolfgang Grams beteiligten GSG9-Beamten Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 7 Anklage wegen eines vorsätzlichen Tötungsdeliktes zu erheben.

Wir haben ferner bei der Staatsanwaltschaft Schwerin mit gleicher Post gegen die Beamten der GSG9 Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 7 Strafanzeige erstattet und beantragt, ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes gegen sie einzuleiten.

Der Beschwerdebegründung und der Strafanzeige liegt folgender Sachverhalt zugrunde, wie er sich für uns nach gründlicher Auswertung der von der Staatsanwaltschaft Schwerin überlassenen Ermittlungsakten und nach Einholung weiterer rechtsmedizinischer Gutachten darstellt.

Danach hat sich am 27.6.1993 in Bad Kleinen folgendes ereignet:

Nachdem Birgit Hogeferd und der Verfassungsschutzmitarbeiter Klaus Steinmetz im Tunnel unter dem Bahnhof von Bad Kleinen von GSG9-Beamten überwältigt worden waren, rannte Wolfgang Grams die Treppe zum Bahnsteig 3/4 hinauf. Ihm folgte ein Spezialeinsatztrupp von GSG9-Beamten, die bereits auf der Treppe das Feuer auf Wolfgang Grams eröffneten. Wolfgang Grams erreichte den Bahnsteig und bog um das linke Geländer des Treppenaufganges. Hier drehte er sich mit dem Rücken zu Gleis 4 und der Vorderseite zum Aufgang. In dieser Position zog er eine Pistole mit der rechten Hand. Auf dem Bahnsteig befand sich nun auch der ihm nacheilende Polizeitrupp und feuerte auf ihn aus ca. 1,50 Meter Entfernung. Wolfgang Grams wurde getroffen und rückwärts vom Bahnsteig auf das Bahngleis 4 vor die Bahnsteigkante geschleudert. Die GSG9-Beamten Nr. 3 und 6 setzten unmittelbar nach. Wolfgang Grams umklammerte zu diesem Zeitpunkt die Pistole mit der rechten Hand. Sie wurde ihm von einem der beiden nachgeeilten GSG9-Beamten mit einem Entwindungsgriff abgenommen. Mit einem aufgesetzten Nahschuß wurde ihm von diesem GSG9-Beamten in die rechte Schläfe geschossen. Der Schuß war tödlich. Der GSG9-Beamte Nr. 3 verließ das Gleisbett. Der GSG9-Beamte Nr. 8 trat nun an das Gleis heran. Der gesamte Geschehensablauf dauerte nur wenige Sekunden.

Prof. Dr. Bonte, Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, hat im Auftrage der Eltern von Wolfgang Grams die dem Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft Schwerin zugrundeliegenden Gutachten überprüft und ist in zwei eigenen Gutachten zusammenfassend zu folgenden Ergebnissen gekommen.

I. „Hauptziel aller durchgeführten Untersuchungen war festzustellen, ob der tödliche Kopfschuß von Herrn Grams selbst abgegeben wurde oder von einem der GSG9-Beamten. Alle Gutachter gehen übereinstimmend davon aus, daß der Schuß aus der Brünnner CZ 75 kam. Hieran ist nicht zu zweifeln. Indes beweist dieses nicht, daß Herr Grams diese Waffe bei Schußabgabe geführt hat.

Die Untersuchungen wurden durch strategische Fehler erheblich gestört, wodurch wichtige Rückschlüsse nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich waren. Dieses wurde insbesondere von Züricher Gutachtern verdeutlicht.

Sie sahen sich zu einer sicheren Differenzierung zwischen Selbst- und Fremdtäterschaft nicht in der Lage.

Eine sichere Beurteilung wurde ausschließlich von Prof. Brinkmann (Münster) vorgenommen. Er stützt die Annahme einer Selbsttäterschaft im wesentlichen auf zwei Argumente:

1. Die Waffe muß so schnell zu Boden gefallen sein, daß sie diesen erreichte oder nahezu erreichte, bevor ein zunächst nach oben spritzender Spray aus Blut und Gewebeteilen darauf herabregnen konnte. Nach Ansicht von Prof. Brinkmann wird diese Bedingung nur erfüllt, wenn man davon ausgeht, daß eine sofort einsetzende atonische Lähmung die Waffe aus der Hand freigab. Damit sei Selbsttäterschaft bewiesen.

2. Bei Fremdtäterschaft hätte die Be-

wäre es zu einer umschriebenen Hautabschürfung in der Nähe des Daumengrundgelenks gekommen, nicht aber im handgelenksnahen Bereich, wie im vorliegenden Fall.“

Aufgrund der vorgelegten Gutachten von Prof. Dr. Bonte ist die Behauptung der Staatsanwaltschaft, wonach Wolfgang Grams zwingend Selbstmord begangen haben soll, nicht mehr zu halten. Vielmehr besteht der hinreichende Verdacht, daß Wolfgang Grams die ihm zugeordnete Waffe entwunden worden ist, wodurch die charakteristischen Verletzungen an seiner rechten Hand entstanden sind.

Der von uns vorstehend beschriebene Geschehensablauf auf dem Bahnhof von Bad Kleinen ergibt sich exemplarisch aus der Zeugenaussage eines BKA-

Oberkörper geschossen hat. Zu diesen Aussagen steht die Zeugin bis heute.

Der von uns geäußerte hinreichende Tatverdacht gegen den Beamten mit der Legendierung GSG9 Nr. 3 als mutmaßlicher Todeschütze gründet sich auf folgende Erkenntnisse: Der Mann war Führer des Zugriffstrupps und für die Überwältigung eingeteilt, während andere Beamte, insbesondere die Nr. 6 und 8, „sichern“ sollten. Bei der Verfolgung von Wolfgang Grams lief der Beamte an dritter oder vierter Stelle und befand sich gemeinsam mit Nr. 6 hinter den Beamten Newrezella und Nr. 5. Nachdem diese beiden von Kugeln getroffen waren, befand sich Nr. 3 mit Nr. 6 daher an erster Stelle. Beide taten, was sie immer wieder geübt haben. Sie setzten dem Gegner sofort nach, um ihn in Handlungszwang zu bringen und um die Schußabgabe auf eigene Kräfte zu verringern. Nr. 8 befand sich dagegen ganz am Ende des Trupps und hätte daher die längste Zeit benötigt, um zu Wolfgang Grams zu gelangen. Der Beamte GSG9 Nr. 3 war zudem mit einem weinroten Sweat-Shirt bekleidet. Nach dem Einsatz zeigte er ein auffälliges Verhalten: Er wurde abseits geführt, als er einen Weinkrampf erlitt. Aufgrund eines ernstzunehmenden Hinweises aus dem Kreis einer am Einsatz beteiligten Person wurde bekannt, daß der Todeschütze nach dem Einsatz noch am Bahnhof einer besondere Betreuung zugeführt worden war. Vorher hatte er sich in den Tunnel zu Birgit Hogeferd begeben, die wehrlos am Boden lag, schlug ihr nach ihren Angaben ins Gesicht und fesselte sie in besonders brutaler Weise.

Die Forderung nach Anklageerhebung gegen die übrigen am direkten Zugriff beteiligten Beamten ergibt sich aus deren Mittäterschaft an der Ermordung von Wolfgang Grams. Diese bestand darin, daß sie den sich vor ihren Augen abspielenden Mord nicht zu verhindern suchten, sondern ihn bis heute zu verdecken halfen. Die juristische Qualifizierung als „Handeln durch Unterlassen“ beruht auf ihrer Garantstellung.

Die Frontpartie der Jacke und die Hose des Beamten GSG9 Nr. 6 wiesen nach Erkenntnissen von Prof. Bär sowohl an der Hose als auch an der Frontpartie neben den bereits bekannten Wischspuren am rechten Ärmel Blut von Wolfgang Grams auf. Die Jacke — wichtiges Beweismittel — ist allerdings auf wundersame Weise in Zürich verschwunden. Diese Tatsachen sind von der Staatsanwaltschaft Schwerin gänzlich ignoriert worden.

Aufgrund der zeitlichen Dichte des einheitlichen Geschehensablaufes und der Erkenntnisse der vorliegenden Gutachten muß sich die Staatsanwaltschaft Schwerin endlich folgenden Tatsachen stellen:

1. Das gesamte Geschehen spielte sich in wenigen Sekunden ab.

2. Noch bevor Wolfgang Grams auf das Gleis 4 stürzte, befanden sich die ihn verfolgenden Polizisten auf dem Bahnsteig.

3. Zwei der Beamten sprangen unmittelbar zu Wolfgang Grams ins Gleisbett.

4. Hier wurde Wolfgang Grams die Waffe entwunden und der tödliche Schuß gesetzt.

5. Das Ganze spielte sich vor den Augen der in unmittelbarer Nähe befindlichen übrigen Mitglieder des Zugriffskommandos ab.

6. Wolfgang Grams hat keinen Selbstmord begangen.

7. Es besteht somit hinreichender Tatverdacht gegen die GSG9-Beamten wegen eines vorsätzlichen Tötungsdeliktes. Die Staatsanwaltschaft ist zur Anklageerhebung verpflichtet.

Presseerklärung der Rechtsanwälte Andreas Groß, Thomas Kieseritzky

GSG 9 erneut unter Mordverdacht

Beschwerdebegründung gegen Einstellung des Todesermittlungsverfahrens W. Grams

kleidung des Täters mit solchen Partikeln bespritzt werden müssen; die entsprechenden Untersuchungen hätten aber ein negatives Ergebnis gehabt. Folglich sei Fremdtäterschaft auszuschließen.

In dem vorliegenden Gutachten wurden insbesondere diese Argumente einer eingehenden Analyse unterzogen. Sie kam zu dem Ergebnis, daß beide Argumente nicht zwingend oder falsch sind:

1. Die Waffen wurde im Augenblick des Einschusses bespritzt. Alle Gegenargumente sind sicher widerlegbar. Ein Rückschluß auf Selbsttäterschaft ist wissenschaftlich nicht haltbar.

2. Anders als bei Prof. Brinkmann verliefen die Untersuchungen bei Prof. Bär (Zürich) positiv. Die Interpretation dieses Befundes ist allerdings durch fehlerhafte Handhabung erschwert. Fremdtäterschaft ist nicht zwingend abzuleiten. Keinesfalls ist sie auszuschließen.

Entgegen der Annahme von Prof. Brinkmann ist also weder Selbsttäterschaft bewiesen noch Fremdtäterschaft auszuschließen. Eine sichere Differenzierung ist anhand der vorgelegten Untersuchungsergebnisse nicht möglich.

Es erscheint lohnenswert, der Ursache der charakteristischen Hautabschürfungen auf dem rechten Handrücken von Herrn Grams experimentell nachzugehen (Entwindungsgriff?) und die wissenschaftlich angreifbaren Schußentfernungsbestimmungen zu überprüfen.“

II. Im Rahmen eines Ergänzungsgutachtens ging Prof. Dr. Bonte der Verletzung der rechten Hand von Wolfgang Grams nach. Dieses faßt er wie folgt zusammen:

„Die auf dem rechten Handrücken von Wolfgang Grams festgestellten bogenförmige Hautabschürfung und -rötung läßt sich widerspruchsfrei durch einen streifenden Kontakt mit dem Hahnende im Rahmen eines Entwindungsgriffs erklären. Form und Aussehen der Hautveränderung sind beim Experiment in weitestgehender Annäherung reproduzierbar. Auch beim Herausziehen der zwischen Schotterbett und Gesäß eingeklemmten Hand hätte es im Prinzip zu einer Verletzung am gleichen Ort kommen müssen. Es ist unwahrscheinlich, daß dabei eine regelmäßige viertelelliptische Rötung ohne durchgehend sichtbare Hautabschürfung entstanden wäre. Mit Sicherheit

Beamten mit der Legendierung Nr. 12, der sich auftragsgemäß als Beobachter auf dem Stellwerk des Bahnhofes am geöffneten Fenster aufgehalten hat. Nach seiner Schilderung konnte er beobachten, wie eine Personengruppe vom Aufgang kommend sich der Bahnsteigkante näherte. Eine Person drehte sich dann in Richtung des Aufganges um. Zeitgleich mit dem Umdrehen hörte er zwei Schüsse, auf die dann mit sehr kurzer zeitlicher Unterbrechung eine Salve von Schüssen folgte. Während die Schüsse fielen, wurde eine Person rückwärts auf die Gleise geschleudert, wo sie auf dem Rücken liegen blieb. Zwei Personen sprangen ihr nach und blieben neben der Person stehen. Dieser Ablauf spielte sich nach Schätzung des BKA-Beamten innerhalb von 10 bis 15 Sekunden ab.

Diese Beobachtung des BKA-Zeugen deckt sich im wesentlichen mit der Beobachtung weiterer Zeugen. Seiner Wahrnehmung kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil er als professioneller Beobachter des Geschehens auch ein „geschulter“ Zeuge ist, der anders als sog. „Trouble-Zeugen“ nicht in gleicher Weise affektgeladen am beobachteten Geschehen beteiligt war. Für die Glaubhaftigkeit seiner Angaben spricht ferner, daß er als einziger Zeuge über sämtliche Vernehmungen hinweg und ohne Widersprüche seine Aussage in allen entscheidenden Punkten aufrecht erhalten hat. Das weitere Geschehen konnte weder durch den Zeugen noch durch andere Zeugen aufgeklärt werden.

Als Fazit stellen wir fest, daß sich aufgrund des überwiegenden Teils der Zeugenaussagen für den Zeitraum bis unmittelbar vor dem tödlichen Kopfschuß schlüssig nur ein anderer als der von der Staatsanwaltschaft festgeschriebene Tatablauf ergibt. Die Staatsanwaltschaft Schwerin hatte behauptet, zwischen dem Ende des Schußwechsels auf dem Bahnsteig und dem Nacheilen der GSG9-Beamten ins Gleis zum verletzten Wolfgang Grams habe eine Zeitspanne von 30 bis 60 Sekunden bestanden, Zeit genug für Wolfgang Grams, um sich selbst zu erschießen, was freilich niemand gesehen haben will.

Die einzige namentlich bekannte Tatzeugin, die Kioskverkäuferin, hat allerdings gesehen, daß zwei Männer neben Wolfgang Grams im Gleisbett standen und wie einer von ihnen, ein Mann mit weinroter Oberbekleidung, auf den

Scharping stellt Solidarpakt vor

Der Kanzlerkandidat der SPD auf der Jahrestagung des BDI

Von Peter Feininger

Der Jahrestag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) am 31. Mai stand unter dem Motto „Produzieren in Deutschland? — Die Zukunft unserer Industrie“. Der Schwerpunkt der Tagung lag nicht etwa — wie man vom politischen Datum her hätte erwarten können — bei den Zielen der deutschen Präsidentschaft im Europäischen Rat im zweiten Halbjahr 1994. Hierfür hatte Wirtschaftsminister Rexrodt schon Tage vorher an anderer Stelle einen Zielkatalog präsentiert unter dem Titel „Wirtschaftsaufschwung und neue Arbeitsplätze für Europa“.

Über die Marschrichtung in Europa braucht sich der BDI wohl nicht mehr groß verständigen. Von Interesse sind aber die inneren Produktionsbedingungen und die Haltung der Opposition. Hierfür waren neben dem Kanzler und dem Wirtschaftsminister vor allem der SPD-Vorsitzende Scharping und der IG Metall-Vorsitzende Zwickel geladen. Scharping sollte gehört werden, weil die Diskussion um das SPD-Regierungsprogramm 1994 doch erhebliche Unruhe in bürgerlichen Kreisen ausgelöst hat. Und Zwickel sollte gehört werden, weil der DGB-Bundeskongress vom 13. bis 17.6.1994 bevorstand und die IG Metall diesen Kongress dominieren wollte. Immerhin hat der IG Metall-Vorstand eine Kandidatur von Engelenkefer, die eher dem linken Gewerkschaftsflügel zuzurechnen ist, als „nicht vermittelbar“ hintertrieben. Ferner hat die IG Metall einen umfangreichen tarifpolitischen Leitantrag vorgelegt und dürfte auch hinter den wichtigen Leitanträgen des Bundesvorstands stecken, in denen auf eine „zukunftsorientierte Standortstrategie“ und auf eine „Industriepolitik im Spannungsfeld von Wettbewerb und Kooperation“ orientiert wird. (1)

Scharping sagte auf dem BDI-Kongress:

„Der ‚Kurswechsel in der Lohnpolitik‘, den die Bundesbank als konstitutiv für die Umkehr der Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft hervorhebt, ist ein Beweis für die Fähigkeit von starken Tarifpartnern, kritische Situationen durch Handeln zu überwinden. Die gleiche Beweglichkeit und das gleiche Augenmaß sucht man in der Regierungspolitik vergeblich. Dort wird Stimmung ‚produziert‘, Fakten werden ausgeblendet, mit weiterem Sozialabbau wird geliebäugelt. Wer dies tut, schwächt die Gewerkschaften, macht sie nahezu unfähig für Tarifabschlüsse nach dem vernünftigen Muster dieses Frühjahrs.“

Zwickel, dessen Beitrag uns nicht im Wortlaut vorliegt, soll gesagt haben, daß „die wettbewerbspolitischen Herausforderungen, vor denen Deutschland stehe, nicht mit den Ideologien der Vergangenheit zu bewältigen seien. Senkung der Arbeitskosten, Reduzierung der Unternehmenssteuern und Deregulierung des Arbeitsrechts — das seien Felder, auf denen jede Bananenrepublik konkurrieren könne. (...) Der Gewerkschaftsvorsitzende forderte von der Bundesregierung erneut ein ‚investitionspolitisches Impulsprogramm‘, dessen wichtigster Teil eine zeitlich befristete Prämie für zusätzliche Ausrüstungsinvestitionen sein müsse.“ (2)

Zwickel ist Scharping offensichtlich nicht entgegengetreten, der eine Fortsetzung des Desasters der diesjährigen

Tarifpolitik propagierte.

Zwickel erkennt die wettbewerbspolitischen Herausforderungen, vor denen Deutschland stehe, an, teilt den Chauvinismus einer „Industrienation“ und propagiert mit der Prämie für Ausrüstungsinvestitionen eine Forderung des BDI.

Scharping analysiert den „Betrieb Deutschland“

Die „Wettbewerbsfähigkeit“ ist offensichtlich das gemeinsame Schlüsselwort.

Während aber die Gewerkschaften sich gegen die bitteren Konsequenzen wie Lohnsenkung und Deregulierung stemmen, tritt Scharping vor dem BDI ungeniert „für Privatisierung und Deregulierung in solchen Fällen ein, die erkennbar zu mehr Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit führen“. Scharping übernimmt sogar völlig kritiklos die Methode des BDI-Präsidenten Tyll Necker, „unsere Volkswirtschaft und unseren Staat wie ein Unternehmen zu analysieren“, und kommt „zu alarmierenden Ergebnissen: Die Gemeinkosten sind zu hoch, Löhne werden auf Kredit finanziert, ganze Produktionsbereiche sind auf lange Sicht unrentabel...“ Scharping spricht von dem Versäumnis, „den ‚Betrieb Deutschland‘ rechtzeitig kostengünstiger zu organisieren“.

Das wirtschaftliche Szenario, das Scharping entwickelt, und die Konsequenzen für die Politik sind über weite Strecken gleichlautend mit dem Programm, das Rexrodt vor dem BDI nochmals rekapituliert: Konsolidierungspolitik, Privatisierung, Effizienz und schlanker Staat, Rahmenbedingungen für Spitzenleistungen in Forschung und Technik, steuerliche Begünstigung von Risikokapital und Innovation, Eindämmung der Kosten der Arbeit, Begrenzung der Kosten der sozialen Sicherungssysteme, Verantwortungsbewußtsein der Tarifpartner... Daß Rexrodt auf dem BDI-Kongress den treuen Schoßhund des Großkapitals spielt, verwundert nicht. Aber daß Scharping so redet, als ob er mit der FDP noch in eine Koalition kommen könnte, verwundert. Hat sich die SPD dies doch spätestens da verbaut, als sie das Angebot Kinkels, bei der Bundespräsidentenwahl statt Rau Hamm-Brücher zu wählen, ausschlug.

Soziale Pläne unter „Finanzierungsvorbehalt“

Einen der wenigen markanten Punkte aus dem SPD-Regierungsprogramm (3), Erhöhung des Kindergeldes auf einheitlich 250 DM für jedes Kind, 100 DM zusätzlich ab dem 4. Kind, finanziert durch Ersetzung der steuerlichen Kinderfreibeträge, erwähnt Scharping vor dem BDI wohlweislich nicht. Stattdessen betont er, alle Ausgabenzusagen der SPD stünden „unter ausdrücklichem Finanzierungsvorbehalt“.

Scharping verteidigte die Einführung einer 10%igen Ergänzungsabgabe statt des Solidarzuschlags. Die Ergänzungsabgabe steht nicht im Regierungsprogramm, weil die SPD einer Festlegung auf Zeitpunkt, Höhe, Freigrenzen ausweichen will. Gegen den Versuch Scharpings, die Freigrenzen so tief zu legen, daß normale Arbeitereinkommen von

der Ergänzungsabgabe erfaßt werden, legten die Gewerkschaften sofort Protest ein. Scharping korrigierte sich (aber nur mündlich), woraufhin der Deutsche Industrie- und Handelstag die SPD als nicht tragbar für eine Regierungsübernahme hinstellte. Scharping wollte nun in seiner großen Einfalt — obwohl der Zug für ihn wahrscheinlich längst abgefahren ist — vor dem BDI Terrain gutmachen. Die Äußerungen, die er hier tat, hat nicht einmal das Handelsblatt veröffentlicht, wohl fürchtend um den Bestand der SPD. Es sei aber erinnert, Zwickel hat alles gehört:

Scharping zitiert zunächst Karl Schiller:

„Wer jetzt vollmundig den Slogan Vollbeschäftigung verkündet, ohne daran zu denken, daß Gehälter und Löhne — vom Unternehmerlohn bis zum Entgelt des Hilfsarbeiters — einer sehr moderaten Einkommenspolitik unterworfen werden müssen, der jagt einem Hirngespinnst nach. Niedrige Kosten sind eine notwendige Vorbedingung für den Rückgang der Arbeitslosigkeit; aber für sich allein sind sie keine hinreichende Voraussetzung. Es bedarf zusätzlich der dynamischen Entfaltung der Nachfrage...“

Dann zitiert Scharping den Nobelpreisträger Solow: „Wenn Nachfrageausweitung mit fortgesetzter Deregulierung von Arbeits- und Gütermärkten kombiniert wird, dann könnte die Arbeitslosigkeit um mehrere Prozentpunkte vermindert werden, ohne die Inflation zu beschleunigen.“

Daraus entwickelt Scharping den gesamtwirtschaftlichen Vorschlag, den Solidarzuschlag so früh wie möglich durch eine Ergänzungsabgabe zu ersetzen und zugleich steuerliche Investitionserleichterungen zur Beschleunigung der Sachkapitalbildung und der Modernisierung des Produktionsapparates anzubieten.

Die Ergänzungsabgabe...

Weit davon entfernt, eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende als ein Stück sozialer Gerechtigkeit darzustellen, begründet Scharping das Modell Ergänzungsabgabe, d.h. Befreiung unterer Einkommen vom Solidaritätszuschlag, durch zwei Punkte:

1. Man dürfe den Anreiz, Arbeit aufzunehmen, nicht zerstören.
2. Man dürfe die Durchsetzung weiterer Lohnsenkungen in der Tarifpolitik nicht gefährden.

Scharping: „Die Wirtschaft beklagt, daß der Unterschied zwischen den Nettoeinkommen von Arbeitnehmern — insbesondere im unteren Einkommensbereich — verglichen mit den Sozialleistungen zu gering sei, um ein Motiv zur Arbeitsaufnahme zu bieten. Die Belastung von Lohnempfängern ab etwa 1500 DM Bruttoeinkommen mit einer Lohnsteuererhöhung via Solidarzuschlag wird den Anreiz, Arbeit aufzunehmen, vermindern statt erhöhen... Wenn in einer solchen gesamtwirtschaftlichen Situation weitere Lohnzurückhaltung von den unteren und mittleren Einkommensbezieheren erwartet wird, ist die Durchsetzbarkeit einer solchen Tarifpolitik erheblich gefährdet, falls der Staat — wie mit dem Solidarzuschlag vorgesehen — derartige Abschlüsse durch eine faktische Lohnsteuererhöhung erschwert. Das Ergebnis wäre, daß die Arbeitnehmer versuchen



würden, sich die gesamtwirtschaftlich falsche Belastung aus dem Solidarschlag bei den Unternehmen via Tarifpolitik wiederzuholen...“

Veröffentlicht wird von der Presse nur die wohlklingende Formel Scharpings für einen Solidarpakt 1995: „Arbeitnehmer sollen moderaten Tarifabschlüssen zustimmen können, der Staat greift ihnen nicht weiter in die Tasche; Investoren werden begünstigt, die oberen knapp 20 Prozent der Einkommensbezieher werden statt mit 7,5 mit 10 Prozent Ergänzungsabgabe belastet, die Bundesbank hält angesichts der moderaten Lohnabschlüsse die Zinsen niedrig, das erhöht die Sachkapitalrendite und senkt die Rendite auf Geld- und Finanzanlagen.“

Scharping betont, daß die Ergänzungsabgabe selbstverständlich nur auf Zeit erhoben würde. Am Ende wären dann nur die Löhne abgesenkt, alles andere wäre wieder wie vorher! Scharping betont mehrfach, daß die SPD einer Senkung der Lohnnebenkosten oberste Priorität einräumen würde, ohne dies näher auszuführen. Das ist ein Blankoscheck an die Kapitalisten, weil dies eine direkte Senkung der Lohnkosten darstellt. Scharping beruft sich dabei auf den Sachverständigenrat, „dem die Senkung von Lohnnebenkosten gesamtwirtschaftlich so wichtig ist, daß er die Ergänzungsabgabe für das kleinere Übel hält“. Das ist der erste dunkle Deal, den Scharping in seiner Ansprache anbot.

Ertragsorientierte Lohnpolitik angekündigt

Als zweiten Deal kündigt Scharping an: „Wir prüfen gegenwärtig intensiv — u. a. mit Experten im Bankenbereich —, nicht ob, sondern wie wir konkret durch Regelungen im Einkommens- und Körperschaftssteuerrecht Risikokapitalbeteiligungen wirksam fördern und erleichtern können, um Innovation in Unternehmen voranzubringen.“ Also will auch die SPD einer investiv- und ertragsorientierten Lohnpolitik den Weg bereiten, und Zwickel war dabei.

Noch auf der Tagung wurde Scharping von BDI-Präsident Necker gelobt, und in der Woche darauf nannte Stihl das von der SPD vorgelegte Wirtschaftsprogramm auf einmal „durchaus interessant“. Das liegt daran, daß Scharping das SPD-Regierungsprogramm vor dem BDI sozusagen demonstriert hat und einer möglichen Oppositionsrolle der SPD (im Bundesrat z.B.) auch noch den letzten Zahn gezogen hat. Quellen: Redemanuskripte vom BDI-Kongress; (1) Handelsblatt 30.5.1994; (2) Handelsblatt 1.6.; (3) Leitantrag Regierungsprogramm 1994, Beschluß des Parteivorstandes 2. Mai 1994

In gefährlicher Nähe zur Macht — organisierter

Der organisierte Rechtsextremismus in Kroatien beschränkt sich nicht auf Gruppierungen, die sich offiziell zu den Traditionen der Ustascha-Bewegung der dreißiger Jahre bekennen, sondern reicht bis weit in die Reihen der Regierungspartei HDZ. Die Verabsolutierung des kroatischen Staates — ohne Rücksicht auf seine Verfaßtheit —, der Kampf gegen die Rechte der serbischen Minderheit, Expansionsgelüste und die Glorifizierung des Kroatentums sind konstitutive Elemente des kroatischen Rechtsextremismus aller Schattierungen.

Überall in Mittel- und Osteuropa, und so auch in Kroatien, kommen nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus rechtsradikale Kräfte zum Vorschein. Allerdings haben diese in den einzelnen Ländern spezifische Merkmale, die durch einen unterschiedlichen geschichtlichen Ursprung und durch Besonderheiten der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Situation bedingt sind. Deswegen sind die osteuropäischen Rechtsradikalen oft nur beschränkt mit entsprechenden Kräften in Westeuropa vergleichbar, die in der Regel untereinander eine viel größere Ähnlichkeit aufweisen.

Auch in Kroatien ist die extreme politische Rechte — in sich äußerst gespalten — durch eine eigenartige Mischung verschiedener politisch-ideologischer Elemente gekennzeichnet, bestimmt durch die Tradition der kroatischen Nationalbewegung, nationalrevolutionäre Romantik und einzelne rechtsradikale Ideen. Ihre Merkmale sind durch die spezifische Situation in Kroatien — sowohl jetzt als auch in der Vergangenheit — bestimmt: durch die verspätete und schwierige Integration der kroatischen Nation, die historisch verzögerte Staatswerdung Kroatiens und das Gefühl der Unterlegenheit in der Konfrontation mit den konträren Nationalismen der größeren Nachbarvölker (Ungarn und Serben, Anm. d. Red.), aber auch mit dem kroatischen Antifaschismus. Diese historische Gebundenheit des kroatischen Rechtsradikalismus macht einen kurzen Abriss seiner Geschichte notwendig.

Geschichte

Die heutige kroatische radikale Rechte beruft sich auf die Tradition der 1861 von Ante Starcevic gegründeten Kroatischen Partei des Rechts. Starcevic selbst war der erste Ideologe eines integralen kroatischen Nationalismus, der sich bedingungslos für die staatliche Selbständigkeit Kroatiens einsetzte und damit einerseits gegen die Positionen der austrophilen und ungarophilen Kräfte, andererseits gegen den Jugoslawismus, die Idee der südslawischen Einheit, die zuerst in Kroatien entstand, ankämpfte. Heute wird er deswegen von allen kroatischen nationalen Gruppierungen und Parteien als der „Vater der Nation“ gefeiert. Starcevic's Ideologie war ursprünglich nicht ethnonationalistisch („völkisch“) geprägt, sondern versuchte, die kroatische Nation auf der Tradition des kroatischen feudalen Staatsrechts und seinen Institutionen zu begründen, befürwortete also die Idee einer multikonfessionellen und multiethnischen kroatischen Nation. Mit der Zeit und insbesondere unter Starcevic's Nachfolgern wurde diese Idee allerdings aufgegeben, die kroatische Nation wurde zunehmend ethnisch-exklusiv definiert, wobei sich parallel dazu ein Ressentiment gegen die serbische Minderheit in Kroatien ent-

wickelte. Im ersten, von serbischer Hegemonie geprägten jugoslawischen Staat (1918–1941) spielte der exklusive kroatische Nationalismus der Partei des Rechts nur eine marginale Rolle; es war die kroatische Bauernpartei unter Stjepan Radic und später unter Vlatko Macek, die die kroatische nationale Massenbewegung gegen die Repressionspolitik des jugoslawischen Staates anführte. In den 30er Jahren, zur Zeit der Königsdiktatur in Jugoslawien, wurde jedoch die Tradition des radikalen kroatischen Nationalismus in der von Ante Pavelic gegründeten, terroristisch ausgerichteten Ustascha-Bewegung wiederbelebt.

Der Zusammenbruch des jugoslawischen Staates 1941 infolge des Angriffs und der Besetzung durch deutsche und italienische Truppen wurde von Pavelic und den Ustaschas zur Gründung des sogenannten Unabhängigen Staates Kroatien (Nezavisna Drzava Hrvatska, NDH) ausgenutzt, der in etwa das Gebiet des heutigen Kroatien und Bosnien-Herzegowina umfaßte. Dieser autoritär-faschistisch aufgebaute Staat funktionierte unter deutsch-italienischer Schutzherrschaft als ein Glied der faschistischen „Neuordnung“ Europas. Die Ustaschas betrieben systematischen Völkermord durch Vertreibung und Vernichtung der Serben und Juden, aber auch politischen Terror gegen ihre politischen Gegner, insbesondere gegen die Kommunisten. Als Antwort auf diese Terrorherrschaft entstand in Kroatien eine starke kommunistisch angeführte antifaschistische Bewegung, an der sich Kroaten und Serben gemeinsam beteiligten und die ein Teil der Befreiungsbewegung in ganz Jugoslawien war. Obwohl gegen den extremen kroatischen Nationalismus gerichtet, setzte sich die antifaschistische Bewegung für die Schaffung einer kroatischen Republik (definiert als der gemeinsame Staat der Kroaten und Serben in Kroatien) innerhalb der jugoslawischen Föderation ein und setzte das auch in die Tat um.

Nach der Niederlage des Faschismus 1945 floh ein Teil der Funktionäre und Anhänger der Ustaschas ins Exil, wo sie und ihre Nachfolger bis heute ein bedeutendes, rechtsradikal ausgerichtetes Segment der kroatischen politischen Emigration darstellen. Aus dem Krieg 1941–45 heraus blieb der kroatische Rechtsradikalismus im Exil starr auf die Tradition der NDH fixiert. Der Einfluß dieser Tradition wurde in Kroatien 1990 nach dem Fall des kommunistischen Regimes und dem Wahlsieg der kroatischen nationalen Massenbewegung in der Gestalt der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (Hrvatska demokratska zajednica, HDZ) wieder spürbar.

Politische Gruppierungen

Der kroatische Rechtsradikalismus manifestiert sich heute in einer Reihe verschiedener politischer Parteien, Organisationen und Gruppierungen, von denen die wichtigsten die Kroatische Partei des Rechts (Hrvatska stranka prava, HSP) und der extrem rechte Flügel der herrschenden Partei HDZ sind. Daneben existiert eine größere Anzahl von Splitterparteien und Organisationen, die zwar schwachen Anklang bei den Wählern finden, aber trotzdem die politische Dynamik der radikalen Rechten mitbestimmen.

Kroatische Partei des Rechts (HSP): Die HSP wurde im Februar 1990, also noch vor den ersten freien Wahlen im

April/Mai desselben Jahres, durch Dobroslav Paraga unter expliziter Berufung auf die Tradition der historischen HSP und auf das Erbe der Ustascha-Bewegung gegründet. Die Partei nahm an den ersten freien Wahlen nicht teil. Die programmatischen Schwerpunkte der HSP umfaßten vor allem den Kampf für einen unabhängigen kroatischen Staat nach dem Vorbild des NDH, dessen politische Rehabilitierung sie verlangte, sowie einen eindeutigen Bruch mit dem kommunistischen Erbe und die Säuberung von Ex-Kommunisten aus staatlichen Institutionen. Die nach den Wahlen von 1990 herrschende HDZ wurde beschuldigt, daß sie trotz verbalem Antikommunismus diesen eindeutigen Bruch mit dem Kommunismus nicht vollzog, und vor allem, daß sie in ihren Reihen vielen „politisch gewendeten“ Ex-Kommunisten Schutz und politischen Einfluß bot. Der gewaltsame Aufstand der Serben in Kroatien im Sommer 1990 und insbesondere der offene Krieg der Bundesarmee und der serbischen Aufständischen gegen die im Juni 1991 proklamierte staatliche Verselbständigung Kroatiens führten zur Radikalisierung der HSP und zur Stärkung ihres politischen Einflusses. Die HSP organisierte seit dem Sommer 1991 bewaffnete freiwillige Einheiten, Kroatische Verteidigungskräfte (Hrvatske obrambene snage, HOS) genannt, die sich an den Kämpfen gegen die Bundesarmee und die rebellierenden Serben beteiligten, und zwar zusammen mit den durch den kroatischen Staat organisierten Armeeeinheiten. Die HOS wurde hauptsächlich durch Spenden von kroatischen rechtsextremen politischen Emigranten finanziert, und in ihre Reihen (aber eher marginal) wurden auch Freiwillige aus rechtsradikalen Gruppen anderer europäischer Staaten eingegliedert. Nach dem Waffenstillstand in Kroatien verlagerte die HOS den Schwerpunkt ihrer militärischen Aktivitäten im April 1992 nach Bosnien-Herzegowina. Die Existenz einer parallelen Parteienarmee in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina führte bald zu politischen und militärischen Spannungen: So wurde der „General“ der HOS, Blaz Kraljevic, im Sommer 1992 in Herzegowina aus dem Hinterhalt erschossen. Diese Spannungen wurden noch im Jahr 1992 durch die Auflösung der HOS in Kroatien und ihre Eingliederung in die Armee des Kroatischen Verteidigungsrates (HVO) in Bosnien-Herzegowina beendet.

Die HSP nahm an den Wahlen für die erste Kammer des kroatischen Parlaments im August 1992 teil. Die Wahlliste der HSP gewann 186 000 bzw. 6,91 % der Stimmen und errang aufgrund der Wahlarithmetik damit 5 Sitze in der 138 Sitze umfassenden Abgeordnetenversammlung des Parlaments. Der relative Wahlerfolg der HSP war vor allem Ausdruck der Unterstützung der radikalsten Segmente der kroatischen Wählerschaft für das militärische Engagement der HSP im kroatischen Verteidigungskrieg und auch für ihr radikales Nationalprogramm. Nach wahlsoziologischen Untersuchungen machen jüngere Wähler den größten Teil der HSP-Wählerschaft aus.

In der Zeit seit den Wahlen verringerte sich der politische Einfluß der HSP, auch wenn ihre Unterstützung durch die Wähler Meinungsumfragen zufolge unverändert bei ungefähr 7 Prozent blieb. Diese Schwächung resultierte vor allem aus inneren Spaltungen in der Partei, aber auch aus staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen sie und auch aus ihrer Nichtbeteiligung an den

Wahlen für die zweite Parlamentskammer im Februar 1993. Im Herbst 1993 organisierte der engste Mitarbeiter von Paraga und Führer der HSP, Anto Djapic, während jener sich in den USA aufhielt, eine Art innerparteilichen Putsch. Auf einem außerordentlichen Parteitag der HSP ließ er sich zum neuen Präsidenten der Partei wählen. Paraga foxt die Legalität des Parteitages an und beschuldigte Djapic, im Interesse der herrschenden Partei zu handeln. Bis heute konnte er allerdings seine Rechte in der HSP nicht wiedererringen. Djapic's Position als neuer Parteiführer wurde unlängst auch gerichtlich bestätigt.

Parallel zu dieser innerparteilichen Spaltung verlief auch der Prozeß gegen Paraga und einige seiner Mitstreiter vor einem Militärgericht: Sie wurden beschuldigt, durch die Gründung der HOS den Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung betrieben zu haben. Paradoxerweise wurden Paraga und die Mitbeschuldigten vom Militärgericht freigesprochen.

Eine Stabilisierung der HSP und eine Überwindung der innerparteilichen Kämpfe ist heute nicht in Sicht, trotz Djapic's Versuche, in die Partei auch mehrere andere rechtsradikale Splittergruppen einzugliedern. Mittelfristig scheint aber die HSP als eine Art populistische Protestpartei für jüngere Wähler ihren Platz in der politischen Szene Kroatiens behalten zu können.

Rechtsradikale Splitterparteien und -gruppen: Neben der HSP existiert auch eine Reihe von kleineren rechtsradikalen Parteien und anderen Organisationen. Zwei Typen dieser Organisationen müssen unterschieden werden: einerseits jene Organisationen, die von existierenden Gruppierungen oder Assoziationen kroatischer Rechtsextremisten im Ausland nun auch in Kroatien gegründet wurden, andererseits jene Splitterparteien, die um verschiedene Führerpersönlichkeiten in Kroatien unabhängig von Paragas HSP organisiert wurden.

Unter den ersteren sind am wichtigsten die Kroatische Republikanische Partei (HRS) und die Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP). Die HRS repräsentiert die Organisation, die vor allem rechtsradikale kroatische Emigranten in Lateinamerika vereint, während die HDP vor allem die kroatischen Rechtsradikalen in Nordamerika, Europa und Australien versammelt. Neben ihnen ist auch die Kroatische Befreiungsbewegung (HOP) in Kroatien vertreten. Die HRS und die HDP scheinen keine direkten politischen Ambitionen in Kroatien zu haben, eher wollen sie die Verbindung zwischen den Exilorganisationen und der heimischen politischen Szene sichern. Beide Parteien nahmen auch an den Wahlen für die Abgeordnetenkammer des kroatischen Parlaments 1992 teil: Die HRS gewann 0,29 % und die HDP 0,26 % der Stimmen, und somit sind beide nicht im Parlament vertreten. Obwohl sie die Vereinigungsprozesse unter den verschiedenen sich auf Ante Starcevic berufenden Parteien des Rechts unterstützten, wollen diese Parteien ihre Selbständigkeit aufrechterhalten. Zur zweiten Gruppe gehören die Kroatische Partei des Rechts (HDSP) um Kresimir Pavelic, die Kroatische National-Demokratische Liga (HNDL) um Rosiljko Misatic und Ivan Vekic und die Kroatische Reine Partei des Rechts (HCSP) um Ivan Gabelica. Diese Parteien entstanden zu unterschiedlichen Zeitpunkten (zuletzt wurde die HCSP 1993 gegründet), aber keine von ihnen nahm bisher an Wahlen teil.

Rechtsextremismus in Kroatien

Von Nenad Zakosek, Dozent an der Universität Zagreb

Trotzdem muß ihr politischer Einfluß als äußerst gering eingeschätzt werden (auch wenn die Medien ihren Führern gelegentlich Aufmerksamkeit schenken), da keine dieser Parteien in den Meinungsumfragen überhaupt aufscheint. Seit einigen Monaten wird über die Vereinigung dieser Parteien mit der von Djapic angeführten Fraktion der HSP verhandelt, aber es ist kaum zu erwarten, daß dieser Akt die tiefe Spaltung innerhalb der HSP selbst politisch kitten kann.

Der rechtsextreme Flügel der herrschenden HDZ

Politisch wichtigster Ausdruck der rechtsradikalen Politik in Kroatien ist der rechtsextreme Flügel der herrschenden Partei selbst. Dabei handelt es sich nicht um eine formell auftretende kompakte Gruppe, es geht eher um ideologisch-politische Gemeinsamkeiten, die in den innerparteilichen Kämpfen zu erkennbaren Allianzen führen. Zwei Typen von Politikern sind innerhalb

(e) verdeckte bzw. symbolische Rehabilitierung des Ustascha-Staates (z.B. durch die Wahl des Namens für die neue kroatische Währung), bei gleichzeitiger Eliminierung des antifaschistischen Erbes,

(f) Befürwortung der Teilung Bosnien-Herzegowinas und Unterstützung einer extremistischen kroatischen Politik gegenüber den Muslimen,

(g) Präferenzen für einen kroatischen Isolationismus und gegen eine Integration Kroatiens in die westliche demokratische Gemeinschaft.

Die Vertreter des rechtsextremen Flügels der HDZ haben auf verschiedenen Wegen versucht, ihre Ziele zu verwirklichen, entweder durch unmittelbare Kontrolle entsprechender politischer Mechanismen und Machtzentren oder durch Einflußnahme auf die politische Linie der herrschenden Partei bzw. auf die Politik des Präsidenten Tudjman. Obwohl sie in der Wählerschaft (nach Meinungsumfragen) nur schwache Unterstützung genießen, scheinen die HDZ-Rechten die innerparteilichen Mechanismen zu beherrschen, wodurch sie

semitischen Auffassungen.

Eine besondere Variante dieser offensiven Promotion von rechtsradikalen ideologischen Positionen in den Medien wird von Hrvoje Sosis verkörpert, einem radikal-nationalistischen Ideologen, der während der Zeit des kommunistischen Regimes lange Zeit als politischer Gefangener im Gefängnis verbrachte und nun vom Präsidenten Tudjman in die zweite Kammer des kroatischen Parlaments entsandt wurde. Sosis Funktion besteht vor allem in einer Radikalisierung des öffentlichen Diskurses in Kroatien, die er in seinen Parlamentsreden wie bei anderen Auftritten in den Medien durch die Pflege eines irrationalen Führerkultes um Tudjman und durch Diffamierung der linken und liberal-zentristischen Opposition als Volksfeinde und Verräter betreibt.

Merkmale der kroatischen rechtsradikalen Ideologie

Trotz der mannigfaltigen Unterschiede zwischen den kroatischen rechtsradikalen politischen Kräften gibt es einige ideologische Inhalte, die für alle charakteristisch sind. Es geht vor allem um folgende ideologischen Elemente:

(a) Das grundlegende Merkmal des kroatischen Rechtsradikalismus ist die Verabsolutierung der staatlichen Unabhängigkeit Kroatiens, ohne Rücksicht auf die Frage der inneren Verfaßtheit dieses Staates. Die Folge einer solchen Sicht ist die Vorliebe für autoritäre politische Formen und die Abneigung gegen die liberale Demokratie. Diese politische Option wird am besten durch die Ustascha-Variante der Ideologie des kroatischen Staatsrechts und den Ustascha-Staat NDH im zweiten Weltkrieg verkörpert. Der Kampf um die Rehabilitierung der Tradition des NDH und die politische Rhetorik, die zur Stärkung des kroatischen Staates die politische Demokratisierung vertagen möchte, sind deswegen die generellen Merkmale des kroatischen Rechtsradikalismus.

(b) Die Verherrlichung eines autoritär aufgebauten kroatischen Staates geht oft einher mit einem kroatischen territorialen Expansionismus. Die ideologische Rede von „historischen und natürlichen Grenzen“ Kroatiens beinhaltet unterschiedliche territoriale Appetite: In der minimalen Variante geht es um die Angliederung ethnisch überwiegend kroatischer Gebiete in Bosnien-Herzegowina an Kroatien, eventuell auch entlang der Grenzen der „Banschaft Kroatien“ von 1939 (die durch ein Abkommen zwischen kroatischer Nationalbewegung und dem königlichen Belgrader Regime entstand). Die maximale expansionistische Variante umfaßt nicht nur ganz Bosnien-Herzegowina, sondern auch Teile Serbiens (in Syrmien und eventuell auch Batschka und Sandschak) und Montenegros (Boka Kotorska). Unabhängig vom Umfang des territorialen Appetits setzt jeder Expansionismus eine Militarisierung der kroatischen Gesellschaft voraus, die die Expansion verwirklichen soll.

(c) Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des kroatischen Rechtsradikalismus ist die chauvinistische und xenophobe Ideologie von den „natürlichen Feinden“. Diese Ideologie beinhaltet in der Tat nur selten den Antisemitismus, das Hauptobjekt des Hasses vielmehr ist die serbische Nation. Politisch folgt aus dieser Auffassung zumindest die Negation jeglicher besonderer Rechte der serbischen ethnischen Gruppe in Kroatien, in radikaleren Varianten be-

inhaltet sie die Forderung nach „ethnischer Säuberung“ Kroatiens von Serben.

(d) Neben diesen wesentlichen Komponenten enthält der kroatische Rechtsradikalismus oft zwei weitere Elemente: die Glorifizierung der geschichtlich-kulturellen Eigenart des kroatischen Volkes und ein damit verbundenes anti-westliches Ressentiment wie auch Antiliberalismus und kulturellen Isolationismus; außerdem die Befürwortung eines patriarchalisch-traditionalistischen Kulturmusters, das sich besonders in den Auffassungen über die Familie und die Rolle der Frau sowie in einer offenen Feindschaft gegen die Moderne in der Kunst und in der Kultur allgemein manifestiert.

Ausblick

Die geschichtliche Bilanz des kroatischen Rechtsradikalismus ist ziemlich katastrophal. Es besteht ein wesentlicher innerer Widerspruch zwischen seiner Ideologie und seinen geschichtlichen Resultaten: Gerade die bedingungslose Glorifizierung eines autoritären kroatischen Staates und die Verneinung der Interessen von autochthonen ethnischen Gemeinschaften in Kroatien, besonders der Serben, trug zu seiner Schwäche und zum mehrmaligen Scheitern seines staatlichen Projekts bei. Aus dieser Erfahrung kam es auch zu paradoxen politischen Kehrtwendungen in der kroatischen rechtsradikalen Politik: So befürwortete 1918 eine Reihe der Politiker der Partei des Rechts die Gründung des jugoslawischen Staates, obwohl klar war, daß er durch serbische Hegemonie geprägt sein würde, und im Zweiten Weltkrieg kollaborierte das Ustascha-Regime gelegentlich mit seinen Erzfeinden, den großserbischen Tschetniks. Andererseits hat gerade der kroatische Antifaschismus im Zweiten Weltkrieg die Voraussetzungen für den Aufbau und die Herausbildung des modernen kroatischen Staates geschaffen. Dies wird auch durch die kroatische Verfassung anerkannt, die davon spricht, daß die „Errichtung der Grundlagen staatlicher Souveränität zur Zeit des Zweiten Weltkrieges gegenüber der Proklamation des unabhängigen Staates Kroatien in den Entscheidungen des ‚Antifaschistischen Landesrates der Volksbefreiung Kroatiens‘ (ZAVNOH) (1943) ausgedrückt wurde“. Die politischen Folgen einer Stärkung der rechtsradikalen Kräfte im heutigen Kroatien könnten nicht anders ausfallen als schon früher in der Geschichte: Sie würden zur internationalen Isolation Kroatiens, zum Krieg und zur politischen Niederlage führen. Die rechtsradikalen Kräfte in Kroatien genießen keine breite Unterstützung durch die Wähler, aber ihre politische Macht ist nicht nur davon abhängig. Die Rechtsradikalen können nur unter Bedingungen eines fortgesetzten Krieges und relativer Isolation Kroatiens politisch prosperieren, und deswegen ist ihr künftiger politischer Einfluß auch davon abhängig, wie weit es zu einer friedlichen Lösung des Konflikts auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens kommt. Heute befinden sie sich immer noch in gefährlicher Nähe der staatlichen Macht.

Der Autor ist Dozent an der Fakultät für Politikwissenschaft der Uni Zagreb. Der Artikel erschien in OST-WEST-gegen-INFORMATIONEN Nr. 2/94, Mai 94, hrsg. vom Alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz/Österreich. (aus CL-Netz)



Ihren militärischen Schwerpunkt hat die HOS in Bosnien-Herzegowina. (Bild: Mostar)

dieses Flügels charakteristisch: zum einen Figuren wie Vladimir Seks (gegenwärtig stellvertretender Ministerpräsident der kroatischen Regierung) und Branimir Glavas (Chef des Bezirks von Osijek), die sich vor allem auf ihre spezifische regionale politische Basis stützen und diese zum Ausbau ihrer innerparteilichen Macht nützen, zum anderen Politiker wie Vice Vukojevic (Parlamentsabgeordneter) und Gojko Susak (kroatischer Verteidigungsminister), die beide die politische Emigration in der regierenden Partei vertreten und darüber hinaus durch ihre Abstammung mit den HDZ-Führern in Herzegowina eng verbunden sind.

Für den ganzen rechtsradikalen Flügel der HDZ sind folgende politische Akzente charakteristisch:

(a) Befürwortung eines autoritären Staatsaufbaus, mit einer starken Rolle eines politisch beeinflussten Militärs, bei gleichzeitiger Vernachlässigung demokratischer Kontrollen und Prozeduren,

(b) Schaffung undurchsichtiger Machtstrukturen in Segmenten des Staatsapparats (vor allem in der Armee), in staatlichen Betrieben und auf lokaler und regionaler Ebene,

(c) Bestrebungen zur politischen Kontrolle der Medien (vor allem des Fernsehens),

(d) Bestrebungen, den Einfluß auf die richterliche Gewalt durch entsprechende Personalpolitik zu mehren (diese wurde bisher verfassungswidrig von einem Parlamentsausschuß unter Vukojevics Kontrolle gelenkt),

gefährlich viel Macht auf sich konzentrieren konnten.

Der rechtsradikale Einfluß in den Medien

Es gibt keine wichtigen und einflussreichen Medien, die unmittelbar von rechtsradikalen Parteien oder Organisationen betrieben werden. Rechtsradikale Publikationen, die sich entweder unmittelbar auf die Tradition des Ustascha-Staates berufen (z.B. *Hrvatsko pravo* oder die in Kanada erscheinende und in Kroatien vertriebene Zeitung *Nezavisna drzava Hrvatska*) oder die offen faschistische und chauvinistische politische Positionen vertreten (wie die lokale Wochenzeitung *Hrvatski vjesnik*) haben nur eine geringe Auflage von höchstens einigen tausend Exemplaren. Viel wichtiger ist ein Phänomen, das man „Feuilleton-Rechtsradikalismus“ nennen könnte. Es geht um die massive Präsenz rechtsradikaler Positionen in den großen und auflagenstarken Medien in Form von bestellten Kommentaren und Feuilletonbeiträgen, Leserbriefen oder auch von Diskussionsbeiträgen in den Talk-Shows im Fernsehen und im Rundfunk. Solche Beiträge bemühen sich darum, die dominante ideologische „Wirklichkeitsdefinition“ im Sinne rechtsradikaler Sichtweisen zu beeinflussen. Dies geschieht über den unablässigen Kampf um die Rehabilitierung der Ustascha-Bewegung und des NDH sowie über aggressive Verbreitung von antiserbischen und teilweise auch anti-

Spitzel in der Nazi-Szene enttarnt

**Was will Schnoor noch vertuschen?
Morde in Solingen müssen aufgeklärt werden**

Der Leiter der tief in die rechtsradikale Szene verwickelten Solinger Kampfsportschule *Hak Pao*, Bernd Schmitt, war ein Spitzel des Verfassungsschutzes. Bei seiner Vernehmung im Prozeß gegen die mutmaßlichen Brandstifter von Solingen mußte er eine Aussagegenehmigung einholen und enthüllte sich damit selbst. Trotzdem hat der nordrhein-westfälische Landesinnenminister Schnoor noch einmal sechs Tage gebraucht, bis er zu den massiven Vorwürfen auch gegen ihn offiziell Stellung nahm. Die Pressekonferenz und eine gemeinsame Sitzung des Haupt-, Innen- und Rechtsausschusses des nordrhein-westfälischen Landtages ließen jedoch viele Fragen offen und warfen neue auf.

Bereits vor einem Jahr haben die *Antifaschistischen Nachrichten* und die *Politischen Berichte* auf Zusammenhänge zwischen der Kampfsportschule *Hak Pao* und den Solinger Morden hingewiesen. Drei der vier inzwischen angeklagten mutmaßlichen Täter trainierten in der Schule. Hier trafen sie auf Mitglieder und Funktionäre der Bergischen Front, der FAP, der Deutschen Liga, der Nazi-Musikgruppe *Störkraft* und — auch nach dem Verbot — der Nationalistischen Front. Und aus eben dieser Schule wurden unmittelbar nach dem Brandanschlag zentnerweise Akten weggeschafft. Die Polizei griff nicht ein, obwohl sie informiert wurde.

Die Hinweise auf diese Tatsachen wurden von der *Frankfurter Rundschau*, dem *Kölner Stadtanzeiger* und mehreren Fernsehsendungen aufgegriffen und bestätigt. Trotzdem ging die Bundesanwaltschaft ihnen offensichtlich nicht nach. Nicht zuletzt deswegen erhoben Mitglieder der Landeskongress antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW, der VVN-BdA, zwei Landtagsabgeordnete der Grünen und andere eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Ermittlungen der

Bundesanwaltschaft. Sie wurde auch dem NRW-Innenminister zur Kenntnis gebracht. Doch weder Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) noch Schnoor sahen einen Grund einzugreifen.

Die Gründe dafür sind inzwischen klarer. Trotzdem hat Schnoor bis heute nichts zur Klärung der Zusammenhänge beigetragen. Im Gegenteil: Nachdem der Landesinnenminister ein Jahr lang geblockt hat, setzte er diesen Kurs in der Pressekonferenz und in der Sitzung der Landtagsausschüsse fort. Mehr noch: Er beschwerte sich bitter darüber, daß „einer der wichtigsten Informanten des NRW-Verfassungsschutzes“ enttarnt wurde und sparte nicht mit Vorwürfen gegen den Richter, der Schmitt im Prozeß befragte. Gleichzeitig schloß Schnoor ausdrücklich aus, daß Schmitt irgend etwas mit den Morden zu tun hat.

Was will Schnoor decken?

Woher Schnoor diese Gewißheit nimmt, ist völlig im Dunkeln. 1987 gründete Schmitt die Kampfsportschule *Hak Pao*, später den Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband (DHKKV). Diese Truppe diente als Ordnertruppe bei Veranstaltungen mit dem polizeilich gesuchten Verbreiter der „Auschwitz-Lüge“, Ernst Zündel, bei Veranstaltungen der Deutschen Liga und der Nationalistischen Front. Der 82jährige Alt-Nazi und ehemalige Wehrmachtsgeneral Otto Ernst Remer, auch ein führender Kopf der Revisionismus-Debatte, war nach einem Bericht des *Spiegel* passives Mitglied in Schmitts Schule.

Trotzdem sieht Schnoor den Trainer Schmitt als „eher unpolitisch“ an. Schmitt selbst erklärte schon im Prozeß, er habe „aus rein finanziellen Gründen“ Saalschutzaufgaben übernommen. Dann ist er offensichtlich doppelt

bezahlt worden — vom Verfassungsschutz und von Organisationen wie der Deutschen Liga. Was hat Schmitt aber über die Deutsche Liga berichtet? Oder wurde sie von der Observation ausgeklammert, weil sie für nicht so gefährlich gehalten wurde? In einem Brief an das Antifaschistische Forum Köln hat der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW am 27.1.1994 behauptet, die Deutsche Liga lehne die „Identifizierung mit dem Nationalsozialismus“ ab. Solche Aussagen sind nicht nachvollziehbar. Die Verbindungen zwischen Liga, der verbotenen Nationalistischen Front und Leuten wie Zündel und Remer sind kein Zufall. Sie arbeiten eng zusammen.

Den Vorwurf, der DHKKV sei in direkter Absprache mit dem Verfassungsschutz aufgebaut worden, um rechte Schläger im Blick zu haben, hat Schnoor weit von sich gewiesen. Das muß er auch, denn damit hätte der Verfassungsschutz direkt zur Organisation faschistischer Gruppen beigetragen, was auch durch den gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes nicht gedeckt ist.

Doch wird die Sache besser, wenn es keine ausdrücklichen Absprachen gab?

Einer der Angeklagten nahm nach seiner eigenen Aussage von August 1992 bis zum Brandanschlag Ende Mai an 67 Veranstaltungen des DHKKV teil. Im Prozeß berichtete er, bei dem Training sei „auf Soldaten“ gemacht worden.

Erst Ende letzten Jahres wurden die Akten beschlagnahmt, die Schmitt unmittelbar nach dem Brandanschlag unter den Augen der Polizei aus der Kampfsportschule herausgeschaffen ließ. Nach Presseberichten scheinen sie nicht vollständig zu sein.

Das vorhandene Material enthält jedoch nicht nur eine Fülle von rechtem Hetzmaterial. Bei den wiedergefundenen 55000 Blatt Papier fanden sich Lageskizzen von Einwohnern ohne deutschen Paß und Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails.

Noch nicht einmal zwei Wochen nach dem Brandanschlag berichteten Bernd Koch und Wolfgang Schlösser einem Journalisten des *Kölner Stadtanzeigers* von ihren Verbindungen zu den Angeklagten. Die beiden sind in Solingen bekannte Neonazis, die den DHKKV mit aufgebaut haben. In der Zeitung vom 12.6.1994 heißt es: „Der 43jährige Neonazi und der 16jährige Gesamtschüler Felix haben sich nach Aussagen von

Koch 1992 beim ‚Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband‘ ... kennengelernt. ‚Den Jungen habe ich nationales Info-Material zur Verfügung gestellt‘, erzählt Koch freimütig. Diese Flugblätter habe der Junge dann ‚in Briefkästen und unter seinen Kameraden‘ verteilt ...“

Es fragt sich, wieso Koch und Schlösser schon damals so offen über Verbindungen zu den mutmaßlichen Tätern redeten, wobei sie selbstverständlich jede Verbindung zu dem Anschlag bestritten. Und es fragt sich, ob der Landesinnenminister noch etwas zu verbergen hat.

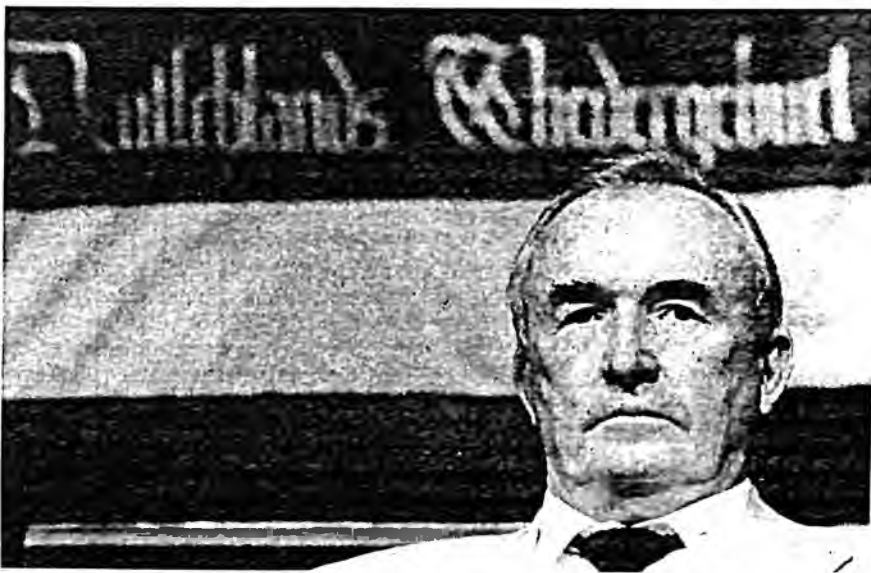
Angeblieh sollte Schmitt vor allem die Ende 1992 verbotene Nationalistische Front beobachten. Das hat er so gut gemacht, daß die Staatsanwaltschaft auf Grundlage der wiederentdeckten Akten gegen ihn ermittelt: wegen Fortführung einer verbotenen Organisation und Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. Tatsächlich wäre es doch besser, das Verbot der NF wirksam durchzusetzen, als halbseidene Spitzel einzusetzen. Derzeit können sich NF-Mitglieder offen in ihrem Zentrum in Detmold-Pivitsheide treffen. Abstriche von ihren Umtrieben brauchten sie bisher kaum zu machen.

Grüne fordern Akteneinsicht

Während CDU und FDP mit Schnoors Ausführungen gegenüber der Presse und bei der Landtagsausschußsitzung zufrieden sind, sehen die Grünen weiteren Aufklärungsbedarf.

Sie weisen darauf hin, daß Schmitt selbst nicht bestreitet, wenigstens einen Jugentlichen nach dem Brandanschlag vor einer Hausdurchsuchung gewarnt zu haben, und verlangen Akteneinsicht. Solange das nordrhein-westfälische Innenministerium die Spitzeltätigkeit und andere Machenschaften des Verfassungsschutzes deckt, wird der Hintergrund des Mordanschlages von Solingen im Dunkeln bleiben. Aber offensichtlich gibt es starke Kräfte, die die politischen Drahtzieher decken.

Quellen: *Antifaschistische Nachrichten*, 4.6.1993; *Kölner Stadtanzeiger*, 12.6.1993; *Lokalberichte Köln*, 12/94; *Pressemitteilung der Grünen im Landtag NRW*, 9.6.1994; *WAZ*, 10.6.1994; *Der Spiegel*, 22 und 23/94. — (wof)



Essen. Die REP wollen zu den Kommunalwahlen kandidieren. Falsche, betrügerische Werbung betreiben sie schon jetzt: Vor kurzem erschien die Ausgabe 1 der „ERZ — Essener Republikaner Zeitung“. Dieses Pamphlet schmückt sich im Kopf mit dem Stadtwappen. Dieser Versuch, sich einen offiziellen Anstrich zu verschaffen, ist typisch. Sie versuchen sich schon als Ratspartei zu präsentieren. Das Antifaschistische Forum hat sich in einem Brief an die Oberbürgermeisterin gewandt und sie gebeten, dagegen vorzugehen. — (wof)

Stuttgart: Linke Listen halbiert; Grüne gewinnen

Wie aus allen anderen Orten Baden-Württembergs lagen bei Redaktionschluß nur die Ergebnisse der unveränderten Stimmzettel vor; erfahrungsgemäß gewinnen die kleinen Listen durch die Möglichkeit des Panaschierens (Wählen eines oder mehrerer Kandidaten auf einer anderen Liste) noch dazu. Von den angetretenen Linksgruppen erhielt die ALL (Alternative Linke Liste, ein Personenbündnis im wesentlichen aus der DKP stammend) 0,4 Prozent gegenüber 0,8 Prozent der unveränderten Stimmzettel 1989 (1,0 Prozent einschließlich der panaschierten Stimmen auf anderen Listen).

Die MLPD erhielt wie damals 0,2 Prozent. Die ALL war diesmal von vornherein bedeutend schwächer angetreten: Statt möglicher 60 Kandidaten (wie 1989) waren nur 20 aufgestellt; das politische Spektrum, das sich beteiligte, war ebenfalls viel enger: außer DKP kandidierten Mitglieder der VSP und einige wenige, die sich keiner Organisation zurechnen. Vor allem aber fehlte es an dem Willen, überhaupt Kom-

munalpolitik zu betreiben: Nach 1989 hatte die ALL ihre Arbeit eingestellt; erst ein dreiviertel Jahr vor den Wahlen trat sie wieder in Erscheinung.

Daß mit dem Ergebnis der ALL kaum das Wählerpotential sozialistischer Richtung ausgeschöpft wurde, zeigt das deutlich bessere Ergebnis der PDS zur Europawahl mit 0,9 Prozent.

Als linke Opposition im Gemeinderat gestärkt wurden die Grünen, die mit einem Zuwachs von rund 4% vermutlich drei Mandate mehr (das wären dann 10 Mandate) im Gemeinderat erlangen dürften.

Die Republikaner haben zwar verloren, sind aber mit 7,2% immer noch stark vertreten; ein Trend, der für ganz Baden-Württemberg ähnlich gilt: bis auf wenige Ausnahmen haben die Republikaner weiterhin mehr als 5 Prozent der Wähler hinter sich vereinigen können.

Die Enthüllungen aus dem Innenministerium, daß die Republikaner mit neofaschistischen Schlägern zusammenarbeiten, haben nichts bewirkt: Das findet mindestens Tolerierung, wenn nicht offene Unterstützung bei diesen Wählern.

Hamburg

Polizeiübergreife häufen sich

Demonstranten und ein mißliebiger Journalist wurden Opfer von Mißhandlungen

Mehrfach binnen kurzem hat die Hamburger Polizei von sich reden gemacht. Am 30.5. gerieten uniformierte und zivile Beamte beim Einsatz gegen Antifaschisten, die gegen den Auftritt der rechten Politiker Brunner (Bund Freier Bürger) und Haider protestierten, außer Rand und Band. Sie „prügelten wahllos auf Demonstrationsteilnehmer ein, nahmen ohne ersichtlichen Grund Personen fest und gerieten völlig außer Kontrolle. (...) Nach bisherigem Kenntnisstand tragen Strafverfolgungseinheiten der Polizei eine Hauptlast an der Eskalation des Polizeieinsatzes. Es scheint, als ob Beamte dieser Einheiten nur auf ein Startzeichen gewartet hätten, um losschlagen zu können.“ (Aus einer Erklärung der GAL-Bürgerschaftsfraktion) Die von der GAL geforderte Sondersitzung des Innenausschusses der Bürgerschaft findet in der nächsten Woche statt. Schlimmer Höhepunkt des Einsatzes war die Miß-

handlung des NDR/WDR-Journalisten Oliver Neß, dem, am Boden liegend, ein Bänderriß zugefügt wurde. „Der Ablauf des Übergriffes“, protestierten zahlreiche im Medienbereich Tätige, „läßt darauf schließen, daß es sich um einen gezielten Racheakt gehandelt hat. Oliver Neß ist dafür bekannt, daß er in seinen Fernseh- und Hörfunkbeiträgen die Arbeit der Hamburger Polizei kritisch hinterfragt.“

Am 4.6. wurden über 300 uniformierte und ungezählte zivile Polizisten eingesetzt, um eine Kundgebung gegen die Abschiebung von 50 iranischen Flüchtlingen aus der Türkei in den Iran zu unterbinden. Die Kundgebung war wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verboten worden. Der Stadtteil Ottensen wurde förmlich in einen Belagerungszustand versetzt, zig Mannschaftswagen und Gefangenentransporter postiert. Die Polizisten griffen die weniger als 20 Kundgebungsteilnehmer brutal an, nahmen sie fest und dagegen protestierende Passanten gleich wahllos mit. — (scc)

Norderstedt

Wir wollen den Spielplatz behalten!

Am Friedrichsgaberweg — im wesentlichen Werkswohnungen der Jungheinrich AG — wohnen viele junge Familien mit Kindern aus aller Welt — und vertragen sich prima.

Dem Ehepaar S. waren sie jedoch ein Dorn im Auge oder besser gesagt: im Ohr. Die Kinder störten ihren Mittags-, Feierabend- und Sonntagsfrieden. Sie verlangten vor Gericht, der Lärm müsse weg. Ihr erster Erfolg war das Urteil: Die Kinder hätten in der Mittagspause die Klappe zu halten. Kaum durchsetzbar: Die Stadt Norderstedt als Spielplatzzuständige hätte tagtäglich Kontrollposten aufstellen oder die Kinder per Schloß eingittern müssen. So prozessierten sie weiter.

Jetzt, nach 10 Jahren, fiel vor dem Verwaltungsgericht in Lüneburg ein endgültiges Urteil: Die Stadt muß den Spielplatz abreißen. Oder die Stadt gittert die Kinder ein und schließt ihn zu

bestimmten Zeiten ruhesichernd ab. Dem verweigert sich auch der Bürgermeister Petri, gar nicht zu reden davon, welche Empörung bei den betroffenen Eltern und Kindern herrschte.

Mit Hochdruckwasserpistolen und rohen Eiern bewaffnet, versammelten sich 80 Kinder am Spielplatz, um den geplanten Abbruch ihres Spielplatzes zu verhindern. Schnell wurden Ketten gebildet, als die Bauarbeiter kamen. Die hatten sowieso nicht viel Lust, „wegen solcher Leute“ einen Spielplatz zu vernichten statt, wie sie es sonst gewohnt sind, Spielplätze aufzubauen. Aber: Wenn die Stadt nicht bis zum 31. Mai abreißt, ist eine Konventionalstrafe von 50000 DM fällig, und danach pro Tag einige weitere ... Und so ist es dann gekommen.

Die Stadt versucht nun, durch eine neue Widmung des Geländes erneut einen Spielplatz zu bauen. — (edl)

Hamburger Haushalt

Standortpolitik treibt in Privatisierungsfalle

Ende Mai hat Finanzsenator Runde den Senat über die Ergebnisse der neuesten Steuerschätzung informiert.

Danach vermindern sich die erwarteten Steuereinnahmen um weitere 75 Mio. DM für 1994 und 51 Mio. DM für 1995. Als Hauptursache für die Mindereinnahmen bezeichnete der Senator den Rückgang der Körperschaftssteuer um 226 Mio. DM (ca. ein Viertel des Aufkommens), der u. a. durch das Standort-sicherungsgesetz ausgelöst wurde. Der Fehlbetrag für 1994 werde im wesentlichen durch die Einsparungen aus der Tarifrunde (60 Mio. DM) gedeckt, so daß ein Nachtrag zum Haushalt nicht nötig sei.

Das ursprüngliche Haushaltsdefizit von 900 Mio. DM 1994 war zum größten Teil aus Rücklagen, aber auch durch Einsparungen in Höhe von 300 Mio. DM gedeckt worden. Neben den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zahlen die Zeche v. a. die Sozialmieter, weil die Zuschüsse an die Wohnungsbaukreditanstalt gekürzt werden, die Eltern, für die die Beiträge für die Kindertagesunterbringung um durchschnittlich 23 % erhöht werden, die Schüler und Lehrer, für die die Raumnot durch Kürzung des Investitionsprogramms an den Schulen verschärft wird.

Wie die Haushaltslücken der kommenden Jahre (1995: 1,5 Mrd., 1996: 1,3 Mrd., 1997: 1,1 Mrd.) gedeckt werden sollen, ist weitgehend unklar. Der SPD/STATT-Partei-Senat hat sich zwar bereits auf Einsparungen und Einnahmeverbesserungen von insgesamt 800 Mio. bis 1997 geeinigt, davon je 200 Mio. bei den Personalausgaben, den Sach- und Sachausgaben, bei sogenannten „Sonderbereichen“ sowie 200 Mio. durch Erhöhung von Gebühren und Abgaben.

Im Personalbereich, dessen Anteil an den Gesamtausgaben von 1988 bis 1994 bereits von 43 % auf 38 % gesenkt wurde, sollen weitere 3200 Stellen abgebaut werden. Zu den „Sonderbereichen“ gehören neben der Wohnungsbaukreditanstalt der „Gesamtbereich der Zuwanderung“ sowie öffentliche Unternehmen wie die Hamburger Hochbahn AG, deren Kostendeckungsgrad als Bestandteil des Hamburger

Verkehrsverbundes erhöht werden soll. Nicht gespart werden soll an den von den Kapitalisten geforderten Infrastrukturprojekten wie der Hafenerweiterung, die in den kommenden Jahren mindestens 800 Mio. verschlingen wird.

Der von der STATT-Partei nominierte Wirtschaftssenator Rittershaus schloß in der Haushaltsdebatte zugleich eine Erhöhung der Gewerbesteuer aus. „Gerade wir in Hamburg müssen sehr sensibel mit dem Thema Standortkosten umgehen.“

Das heißt, wir müssen unsere Wirtschaft entlasten und nicht belasten. Im Zeitalter der offenen Märkte sind Kapital und know-how mobil, die Erwerbs-suchenden in der Region Hamburg sind es dagegen nicht!“

Dabei steht Hamburg („die reichste Stadt Europas“) mit einem Hebesatz von 450 % noch deutlich hinter Städten wie Frankfurt/M. und München (480 %), eine Angleichung würde nach Berechnungen der GAL ca. 90 Mio. DM pro Jahr bringen.

Durch die von der Bundesregierung beabsichtigten weiteren Steuerentlastungen für die Kapitalisten durch Senkung der Vermögenssteuer und Verringerung der Gewerbesteuer wird diese Einnahmesituation noch dramatischer werden. Zugleich wird eine erhöhte Kreditaufnahme nach § 18 der Landeshaushaltsordnung, der die Ausdehnung des Kreditvolumens über die Höhe der Investitionsausgaben „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ erlaubt, ebenfalls nicht in Frage kommen: Der Nachweis einer solchen Störung angesichts der jüngsten Konjunkturprognosen der Wirtschaftsinstitute dürfte schwer fallen.

Die Forderungen der Handelskammer nach Privatisierungen dürften daher im Zusammenhang mit den von der Bundesregierung durchgesetzten Änderungen des Haushaltsgrundsatzgesetzes, das Länder und Kommunen zur Prüfung von Privatisierungsmöglichkeiten zwingt, verstärkte Wirkung entfalten. Sie fordert den Verkauf von Unternehmensbeteiligungen, Immobilien und städtischen Wohnungen sowie die umfassende Privatisierung städtischer Dienstleistungen. — (ulj)

Mannheim: DKP verliert wahrscheinlich ihr Mandat

Nach den unveränderten Stimmzetteln erhielt die DKP nur mehr 1,3 Prozent gegenüber 2,4 Prozent (1989: 3,2 % einschließlich der veränderten Stimmzettel). Damit dürfte der bisherige Sitz im Gemeinderat verloren sein, außer Stadtrat Walter Ebert wäre es gelungen, die sehr, sehr vielen Stimmen, die er in der Vergangenheit von Wählern anderer Listen erhielt, wieder zu sammeln. Nach einem ersten Blick hat die DKP vor allem in ihren „Hochburgen“, wo sie Ergebnisse von über 5 Prozent erzielen konnte, verloren: z. B. Mannheim Schönau 1989: 7,8 %, jetzt 4,2 %; Die PDS hat für die Europawahlen in Mannheim 1,0 Prozent erhalten.

Tübingen: Linker Gemeinderat bleibt wahrscheinlich drin

In Tübingen hatte die DKP 1989 zwei Mandate erringen können. Nachdem Stadtrat Gerhard Bialas eine Kandidatur als DKP-Liste nicht mehr für mög-

lich hielt, hatte er versucht, bei der Kandidatenaufstellung auf der Liste der Grünen ein Mandat zu erhalten — was aber von einer Mitgliederversammlung der Grünen mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Die darauf recht kurzfristig gebildete Liste „Tübinger Linke“ mit Bialas als Spitzenkandidaten erreichte jetzt 3,2 % (vorläufiges Ergebnis) gegenüber 4 %, die die DKP 1989 erhielt; damit dürfte das Mandat gesichert sein.

Freiburg: Linke Liste / Friedensliste jetzt mit 2 Sitzen

Die Linke Liste / Friedensliste (LL/FL) hat nunmehr zum dritten Mal den Einzug ins Kommunalparlament geschafft. Durch eine leichte Steigerung des Stimmergebnisses (hier lag schon das Ergebnis aller Stimmzettel vor) von 3,6 % (1989) auf 3,7 % gelang es, ein zweites Mandat zu erringen. Bei den absoluten Stimmen war die Steigerung noch größer, da diesmal die Wahlbeteiligung um gut 5 Prozentpunkte höher lag als 1989: 1989 erhielt die LL/FL gut 120000 Stimmen (jeder Wähler hatte 48 Stim-

men); jetzt waren es über 141000.

Mit 2,0 % der Stimmen gelangte ebenfalls in den Gemeinderat eine Kandidatin der Unabhängigen Frauen, eine Vereinigung, die bei den letzten OB-Wahlen von der LL/FL unterstützt worden war. Angestrebt wird eine Fraktionsgemeinschaft mit dieser Kandidatin, so daß es möglich wäre, daß links von den Grünen eine parlamentarische Fraktion existiert.

In Freiburg sind inzwischen die Grünen vor der SPD mit 23,1 % der Stimmen zweitstärkste Fraktion; der Abstand zur CDU (24,8 %) ist nicht mehr groß. Bemerkenswert ist auch, daß die Linke Liste / Friedensliste mehr Stimmen als die REP (3,5 %; 1989: 6,2 %) erhielt; die Rechten sind damit nur noch mit einem Mandat gegenüber drei bislang vertreten. — (alk)

München: Gauweiler-CSU verbucht Zugewinne

Die nach einem langwierigen Rechtsstreit außer der Reihe angesetzten Stadtratswahlen in München gingen überraschend schief. Obwohl sich die Grünen von 9,5 % auf 10,1 % verbesser-

ten, konnte das Stadtratsbündnis aus SPD und Grünen die Mehrheit nicht verteidigen. Die SPD verlor runde 8 %, von 42,0 % auf 34,3 %.

Die von Gauweiler geführte Münchner CSU erreicht gewann mehr als 5 %, sie stieg von 30,1 % nach 35,6 %.

Die REP-Stimmen gingen zurück, aber nur von 7,3 % auf 5,1 %.

Die Linke Alternative Liste LALM, ein kurz vor der Wahl ins Leben gerufenes, vor allem von der DKP gestütztes Personenbündnis, blieb mit ca. 0,2 % wohl hinter den Erwartungen zurück.

Die PDS, die zur Stadtratswahl nicht angetreten war (man befand sich noch im Aufbaustadium und müsse sich auf Europa- und Bundestagswahl konzentrieren), erhielt bei der Europawahl 0,8 %.

Am Müncher Ergebnis ist vor allem beunruhigend, daß eine extrem rechte, korrupte und auch korrupte CSU von den Wählern akzeptiert wird. Weder die Bereicherungsaffären des Münchner CSU-Vorsitzenden Gauweiler noch seine offene Zusammenarbeit mit Haider und Brunner schreckten ab.

Die genauen Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat sind noch nicht klar, eine Art Patt ist möglich. — (maf)

„Wir machen mobil“ — Mercedes unterwegs zur schlanken Produktion

Gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung gefordert

In der neuen *Intern*, der Hochglanzzeitschrift für die lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Mercedes-Benz, erklärt Jürgen Hubbert, Vorstand für den Geschäftsbereich Pkw, die Mobilmachung. Zwar ist der Begriff gerade bei Daimler-Benz historisch eindeutig besetzt, Jürgen Hubbert gibt ihm aber — in der Gnade der späten Geburt — die aktuelle Bedeutung:

1. Der Verdrängungswettbewerb auf dem weltweiten Automobilmarkt findet auch im bisherigen (oberen) Marktsegment statt. Alle Autohersteller dieses Segments sind somit bei Strafe des Untergangs gezwungen, die Produktpalette zu verbreitern, was hohe Investitionen für absehbar kleinere Losgrößen jeder neu angebotenen Fahrzeugvariante bedeutet, bei weltweit immer noch wachsenden Überkapazitäten.

2. Um trotz all dieser widrigen Umstände die erwünschten Profitraten abzusichern, müssen Produktivität, Leistungsdruck und Motivation radikal gesteigert werden.

3. Mobil gemacht wird deshalb auch (was Herr Hubbert an dieser Stelle aber ausnahmsweise nicht vertieft) nicht nur gegen die Konkurrenz, sondern auch gegen das erreichte Niveau der Löhne und Sozialleistungen, gegen Erwartungen wie Arbeitsplatzsicherheit und „unzeitgemäßes Besitzstandsdenken“ jeder Art — z. B. kollektivrechtliche tarifvertragliche Regelungen.

„Wir kommen auf Touren“ *

Die schlanke Produktion der nahen Zukunft zeichnet sich zuallererst durch deutlich kleinere Belegschaften bei enorm gesteigerten Produktionsstückzahlen aus. Die mittelfristige Planung des Mercedes-Vorstands (jajwohl, ein Fünfjahresplan!) sieht vor, daß ab 1998 pro Jahr mindestens 900 000 Pkw produziert und verkauft werden (1993: 480 000, Plan '94: 575 000). Die Belegschaft soll im gleichen Zeitraum unter die heute noch beschäftigten 180 000 gedrückt werden. Diese Zahlen würden sogar noch klar unterschritten, wenn der Vorstand die heute als „gefährdet“ bezeichneten kleineren Werke wie Berlin-Marienfelde, Bad Homburg und Hamburg-Harburg zur Disposition stellen würde. Bisher ist ihre Weiterführung noch zugesagt.

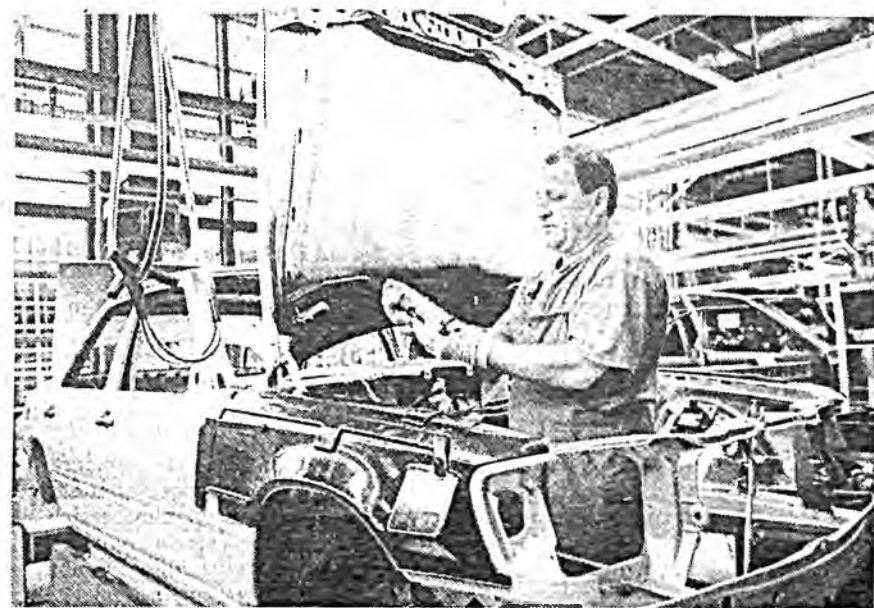
Mercedes ist heute mit über 45% in der BRD der Autohersteller mit der größten Fertigungstiefe. Der Eigenfertigungsanteil soll aber, so die Vorstands-Planwirtschaft, auf unter 40% reduziert werden. Mit neuen Logistik-Konzepten wird parallel dazu versucht, Kapitalbindung durch Lagerhaltungskosten so weit als möglich auf die Zulieferer abzuwälzen, wobei die Verantwortung für kurzfristige Lieferfähigkeit selbstverständlich die Zulieferer zu tragen haben, d. h. der Druck zu total flexibilisierten Arbeitszeiten in der Zulieferindustrie noch wächst. Durch die Ausgliederung von Teilproduktionen in selbständige Unternehmen in Kooperation mit anderen Autofirmen und/oder Zulieferern wird, neben erzielten betriebswirtschaftlich-organisatorischen Vorteilen, auch die Herauslösung der Belegschaften aus den relativ vorteilhaften Betriebsvereinbarungen, Standards und Interessenvertretungsstrukturen der Automobilgroßbetriebe for-

ciert. Die Gründung einer „Lenkungs-Union“ von VW, Zahnradfabrik (ZF) und Mercedes (bisher: Werk Düsseldorf!) ist hier Pilotprojekt.

„Wir setzen alles in Bewegung“ *

Konsequent vorangetrieben wird inzwischen auch die Internationalisierung der früher fast ausschließlich in der BRD konzentrierten Pkw-Produktion. Von bisher 2% soll die Auslandsfertigung zügig auf zunächst über 10% hochgefahren werden. Meilensteine sind hier der Aufbau einer Pkw-Produktion in Mexiko, die perspektivisch wohl die gesamten Märkte der NAFTA-Freizone bedienen könnte, und die Erweiterung von Joint ventures in Asien (Korea, Indien). Auch die „VR“ China ist im Visier, derzeit einer der Märkte mit den größten Wachstumsraten für die S-Klasse(!) ...

Nach Einschätzungen von Experten, u. a. des IMU-Instituts, werden die Internationalisierungsstrategie des Kon-



zerns und die Dynamik der sich verschärfenden Konkurrenz dazu führen, daß in der BRD mittelfristig nur noch für den europäischen Markt produziert wird. Die beschäftigungspolitischen Auswirkungen in der Region sind mit dem Begriff „dramatisch“ unzureichend beschrieben.

„Hier ist die Zukunft zu Hause“ *

Die dargestellten Veränderungen sind die „äußere“ Seite der Medaille. Tatsächlich bedürfen die angestrebten Quantensprünge in Qualität, Produktivität, Kostensenkung usw. aber für ihre Verwirklichung mehr als nur der bekannten „Motivation“ durch Angst um den Arbeitsplatz. Eine Vielzahl miteinander verknüpfter Konzepte, die alle auf die verstärkte Einbindung der Belegschaft ins Unternehmen und in seinen Konkurrenzkampf zielen, wurden deshalb aufgelegt. Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß (KVP), Total quality management (TQM), Gruppenarbeit, MB-Erfolgsprogramm, Profitcenter-Organisation ... Kann die freiwillige Integration der Belegschaft in die Verschärfung der Ausbeutung gelingen, oder sind diese Konzepte nur neue Versuche der Quadratur des Kreises?

Ein wichtiges Element der Unternehmensstrategie ist der Versuch, die Belegschaft verstärkt in die festgelegten Unternehmensziele und den Konkurrenzkampf einzubinden. Ein ganzes Bündel miteinander korrespondierender Konzepte ist dafür aufgelegt worden.

Unternehmerisches Denken in den Köpfen verankern

Mit der Bildung von Profitcentern wurde die organisatorische Einheit z. B. des Werkes Untertürkheim ein gutes Stück weit aufgelöst. Die einzelnen großen Produktionsbereiche — Motorenproduktion, Achsenproduktion, Getriebeherstellung, Gießereibereich — sind nicht mehr automatisch exklusiver Lieferant für die jeweils folgende Produktionsstufe, sondern werden in Konkurrenz gestellt zu allen anderen Anbietern am (Welt-)Markt. Das Getriebe-Werk in Hedelfingen bekommt den Zuschlag zur Produktion folglich nur noch dann, wenn es die vom Center Motorenpro-

reichen, wird wesentlich davon abhängen, welchen Kurs die Gewerkschaften und die betriebliche Interessenvertretung künftig fahren werden.

Radikalisierung der Konkurrenz

Ein Kernstück der schlanken Fabrik der Zukunft soll der ‚Kontinuierliche Verbesserungsprozeß‘ (KVP) nach dem Vorbild des japanischen Kaizen sein. Der Prozeß soll, wenn auch ganz traditionell durch Vorstandsbeschuß („top down“) eingeführt, selbsttragend werden, d. h. Bestandteil der Arbeitsaufgabe aller Arbeiter und Angestellten. Er soll keiner besonderen Strukturen mehr bedürfen, die seine Realisierung sicherstellen bzw. kontrollieren, sondern jedem Beschäftigten in Fleisch und Blut übergehen. Unterschieden wird dabei in Mitarbeiter-KVP und Experten-KVP. Experten-KVP ist nichts anderes als die Verbesserung von Projektarbeit durch Überwindung alter Ressortschranken und somit auch Ausdruck der Profitcenter-Organisation: Alle planenden und steuernden Bereiche wurden im Zuge dieser Reorganisation als mächtige eigenständige Bereiche „entmachtet“ und den Centern als Dienstleister quasi untergeordnet. Experten-KVP erweitert auch den Kreis der Experten in die Reihen der Arbeiter hinein: Das Produktionswissen der Kollegen soll durch Einbeziehung der Schicht von Anlagen- und Systemführern(!) in Planungs- und Optimierungstätigkeiten der Firma zugänglich und somit dienstbar gemacht werden.

„Der Weg ist das Ziel“ *

Die Mitarbeiter-KVP sollte auf breite Einbeziehung der jeweiligen Belegschaften zielen und wurde mittlerweile durch eine Betriebsvereinbarung geregelt, die im wesentlichen folgendes festlegt:

- Gegenstand von KVP sind alle Probleme, die nach Auffassung der Beschäftigten verbesserungsbedürftig sind, also auch Arbeitsplatzgestaltung und -organisation, Belastungssituationen usw.
- Alle Verbesserungsvorschläge müssen diskutiert und ihre Behandlung offengelegt werden.
- Kündigungen und Abgruppierungen als Folge von Mitarbeiter-KVP sind ausgeschlossen.

In einer internen Vorab-Einschätzung war auf Unternehmensseite schon davon ausgegangen worden, daß die ‚Potentiale‘ des Experten-KVP höher zu veranschlagen seien als die des Mitarbeiter-KVP. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die Firma dies in der Praxis so umsetzt, daß mit Abstand mehr Aufwand mit den Experten getrieben wird. Dieser Widerspruch zur proklamierten Beteiligungspolitik wird derzeit schon in manchem Produktionsbereich von den Kollegen fein registriert: „Die wollen immer nur das eine!“ — (dai)

Die mit * gekennzeichneten Zwischenüberschriften sind einem Werbeprospekt von Mercedes Benz für das neue V6/V8-Motorenwerk Cannstatt entnommen.

Rückkehr der Junker?

Bereits mehrfach hatten wir in dieser Zeitung über die Versuche früherer Junker und Kriegsverbrecher und ihrer Nachfahren, sich in den Jahren 1945 bis 1949 im Gebiet der früheren sowjetischen Besatzungszone im Zuge einer demokratischen Bodenreform verlorene Güter zurückzuholen, berichtet (siehe u. a. Nr. 16/93, S. 10). Die (inzwischen nicht mehr bestehende) Sowjetunion hatte im 2+4-Vertrag noch — zu Recht — darauf bestanden, daß die Ergebnisse dieser Bodenreform nicht angetastet werden dürften, eine erste Klage der Interessensverbände der Ex-Junker vor dem Verfassungsgericht gegen diese Vertragsklausel scheiterte — wenngleich das Gericht schon damals darauf hinwies, daß damit über evtl. Entschädigungsansprüche dieser Personen nicht entschieden sei. Die Verbände der Ex-Großagrarien — angeführt u. a. von dem berüchtigten Ex-OLG-Präsidenten von Braunschweig, Wassermann, und publizistisch von allen Organen des großen Eigentums, von *Handelsblatt* bis *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eifrig assistiert, setzten nach und ließen ihre Beziehungen in den Unionsparteien und der FDP spielen — mit Erfolg. Das jetzt im Bundestag verabschiedete „Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz“ sieht u. a. „Entschädigungszahlungen“ an diesen Personenkreis — vermutlich wenige zehntausend Personen (ca. 12700 Güter waren in den Jahren 1945 bis 1949 von der Bodenreform erfaßt worden) — in Höhe von sage und schreibe 18 Mrd. DM vor. Umgerechnet auf vielleicht 50000 Nachfahren dieser Junker und Nazi-Aktivisten bedeutet das eine „Entschädigung“ von 360000 DM pro Person — da sage einer, der Finanzminister habe kein Geld!

3,3 Millionen Hektar waren in den Jahren 1945 bis 1949 im Zuge dieser Bodenreform zumeist an landlose und landarme Bauern verteilt worden. 76 Prozent dieses Bodens stammte aus 7160 Betrieben mit jeweils mehr als 100 Hektar Fläche, weitere 4 Prozent von 4537 Höfen mit weniger als 100 Hektar, deren Besitzer als ehemalige Nazi-Aktivisten und Kriegsverbrecher eingestuft

worden waren, die verbleibenden 20 Prozent waren fast ausschließlich öffentliches Grundeigentum oder Boden im Besitz der aufgelösten NSDAP. Zwei Drittel dieses Bodens wurde an 560000 Personen aufgeteilt, darunter 119000 landlose Bauern und Landarbeiter, 91000 Zwangsumsiedler aus Osteuropa, 87000 landarme Bauern, die zusätzliches Land erhielten, 40000 Waldbauern, die eine Waldzulage bekamen, 43000 Kleinpächter, die ihr Pachtland zueigen bekamen, und 180000 landwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte sowie Dorfhandwerker, die kleine Parzellen erhielten. All das steht jetzt wieder zur Disposition.

Noch ist nicht sicher, ob das im Bundestag verabschiedete Gesetz auch den Bundesrat passieren wird — die SPD hat ihren Widerstand angemeldet, und selbst aus der CDU in Mecklenburg-Vorpommern kommt Widerspruch (im Mecklenburg-Vorpommern nannten vor der Bodenreform 2000 Großgrundbesitzerfamilien 62 Prozent des gesamten Bodens ihr Eigentum, hier waren 1,07 Millionen Hektar im Zuge der Bodenreform verteilt worden, die jetzt an die früheren Eigner bzw. deren Nachkommen zurückzufallen drohen). Wir dokumentieren im folgenden die Presseerklärung der PDS/LL im Bundestag zur Verabschiedung dieses Gesetzes im Bundestag. — (rül)

PDS/LL: Bodenreform soll rückgängig gemacht werden

Zum heute behandelten Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz erklärt der rechtspolitische Sprecher der PDS/LL, Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer:

Wenn die Koalition von CDU/CSU und FDP heute im Bundestag — wie zu erwarten — gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen und Gruppen das Entschädigungsgesetz durchsetzt und das Gesetz nicht noch im Bundesrat aufgehalten wird, wird folgendes eintreten:

1. Die im Einigungsvertrag und in Artikel 143 Grundgesetz festgeschriebenen Ergebnisse der Bodenreform in Ostdeutschland würden teilweise — und zwar hauptsächlich zu Lasten der

Im Osten droht die Restauration des Großgrundbesitzes

Agrar-Gemeinschaftsunternehmen in Ostdeutschland — rückgängig gemacht werden.

2. Die in Ostdeutschland überwiegend in Agrargenossenschaften und Agrar-GmbH wirtschaftenden Landwirte werden bei der Landpacht und beim Landkauf gegenüber den Alteigentümern weiterhin diskriminiert. Auch wenn Kauf nicht Pacht bricht, werden sie künftig an ehemalige Großgrundbesitzer und deren Nachkommen Pachtzahlungen leisten müssen und nach Ablauf ihrer Verträge — in spätestens 12 Jahren — stünde alles neu zur Disposition.

Hier verknüpft sich die schleichende Restauration alter Eigentumsverhältnisse mit dem Ziel der Beseitigung der ungeliebten Genossenschaften, die für die westdeutsche Landwirtschaft Konkurrenz und Alternative darstellen.

3. Durch die privilegierte Versorgung der früheren Großgrundbesitzer und ihrer Erben mit Land entstehen unkalkulierbare Kosten in Milliardenhöhe, die aus Steuermitteln und — entgegen dem Einigungsvertrag — aus Verkaufserlösen der Treuhandanstalt beglichen werden sollen.

Wir fordern deshalb:

1. Die ostdeutschen und die SPD-regierten Landesregierungen sollten im Bundesrat ihre Stimme gegen diesen Verfassungsbruch und Einigungsbruch erheben.

2. Die Verknüpfung von Ausgleichsleistung und Verwertung des einst volkseigenen Bodens ist aufzulösen. Stattdessen sind auch die Ausgleichsberechtigten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft — wie alle anderen — nur finanziell zu entschädigen.

3. Die Verwertung der Treuhandflächen muß im vorrangigen Interesse der ostdeutschen Landwirtschaftsunternehmen aller Rechtsformen erfolgen. Den Vorrang sollten dabei Dauerpachtverhältnisse bis hin zur Erbpacht haben, die auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eine uneingeschränkte privatwirtschaftliche Nutzung ermöglichen, der Kapitalknappheit der ostdeutschen Landwirte Rechnung tra-

Wer profitiert von der Rücknahme der Bodenreform?

In einem 1946 anlässlich des 100. Geburtstags Franz Mehrings herausgegebenen Sammelband (Franz Mehring, „Historische Aufsätze zur preußisch-deutschen Geschichte“, Verlag JHW Dietz Nachf. Berlin) findet sich die folgende Übersicht über die größten deutschen Junkergeschlechter — interessanterweise ist auch die Familie des derzeitigen FDP-Fraktionsvorsitzenden, des Grafen Solms, ganz oben dabei (Angaben für 1939, Landbesitz in ha):

Die Hohenzollern	97000
Fürst Pleß von Fürstenberg	50000
Fürst Hohenlohe-Oehringen	48000
Fürst von Sigmaringen	46000
Fürst Solms	39000
Graf Stolberg-Wernigerode	37000
Fürst von Ratibor	31000
Fürst von Anhalt-Dessau	29000
Graf Schaffgotsch	28000
Fürst von Sachsen	22000

(Quelle: a. a. O., S. X)

gen und eine Umverteilung des Bodens in kapitalkräftige Hände verhindern. Unter diesen Bedingungen ist auch kein Siedlungskaufprogramm erforderlich. Sollte es dennoch durchgesetzt werden, sind zumindest die juristischen Personen gleichberechtigt daran zu beteiligen.

Im vierten Jahr nach der Vereinigung schicken sich die Herrschenden an, die Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland noch einmal grundlegend umzugestalten: Sachenrecht, Bodenreform, Schuldrecht. Das trifft naturgemäß auf den erbitterten Widerstand der Ostdeutschen, reißt Wunden auf und führt den Klassenkampf von oben. Die ostdeutschen Wähler sollten sich das Verhalten der einzelnen Parteien und Abgeordneten bei der Entscheidung über diese Fragen genau ansehen.

Quellen: Pressedienst der PDS/LL, 20. 5.; Neues Deutschland, 10. 5.

Brandenburg

Lehrer-Warnstreik gegen Lohndiskriminierung

Eine gute Beteiligung an dem Warnstreik am 8. Juni stellte die GEW fest.

An 100 Schulen im Land Brandenburg wurden ungefähr 4000 Lehrer aktiv. Es geht um die finanzielle Gleichstellung mit den Westkollegen. Die Kultusministerkonferenz hatte im Mai 1993 gleiche Gehälter beschlossen für gleichwertige Ausbildungen. Am 29. April 1994 hat der Bundesrat auf Antrag Sachsens eine Schlechterstellung speziell der Lehrkräfte an Grund-, Beruf und Sonder Schulen verabschiedet. Stimmt auch der Bundestag dieser Regelung zu, so bedeutet dies monatliche Einbußen von 700 bis 900 DM, wie die GEW errechnet hat. Die Diskriminierung der Ostlehrer würde bis ins Jahr 2035 festgeschrieben. Am erfolgreichsten waren die Streiks in Potsdam, wo trotz der vom Kultusminister Resch angedrohten Sanktionen der Unterricht an einigen Schulen ganz ausfiel und sich rund 500 Lehrer zu einer

Kundgebung versammelten. Einige Schulen führten Belegschaftsversammlungen durch, an anderen fiel der Unterricht stundenweise aus. Ebenfalls stundenweise Arbeitsniederlegungen wurden in Strausberg, Storkow und Eisenhüttenstadt durchgeführt. — (chk)

Sachsen

Der BRD schärfstes Polizeigesetz

Sachsen wird zum Polizeistaat mit:

- * finalem Rettungsschuß
- * Rasterfahndung
- * 14 Tagen Vorbeugegewahrsam
- * großem Lauschangriff auf die Wohnung
- * Einsatz verdeckter Ermittler
- * Observation von Kundgebungen und Versammlungen

Die entsprechende Novelle zum Polizeigesetz wurde allein mit 79 Stimmen der CDU am 27. 4. 1994 beschlossen, trotz verfassungsrechtlicher Bedenken

— des juristischen Dienstes des sächsischen Landtages, der unmißverständlich von „Kumulation verschiedener Ermächtigungen, die ein Gefährdungsrisko durch einen nahezu umfassend überwachenden Staat befürchten lassen“, spricht;

— des sächsischen Datenschutzbeauftragten, der warnend auf die Verletzung des Datenschutzes hinwies und dafür einen Maulkorb umgehängt bekommt, sowie

— namhafter Rechts- und Polizeixperten aus Alt-Bundesländern!

Nur die Abgeordneten der LL-PDS und von B'90/Grüne stimmten geschlossen dagegen, bei der F.D.P. und SPD gab es auch Stimmenthaltungen.

Zur Geschichte:

Sachsens Innenminister Eggert, Januar 1992:

Eine wesentliche Gefahr der demokratischen Grundordnung entstünde dann, wenn es „der Polizei erlaubt würde, auf politischem Sektor geheimdienstlich zu arbeiten“.

Innenminister Eggert, Juni 1992:

„Der Verfassungsschutz hat einen eng begrenzten Aufgabenbereich. Verfassungsschutz und Polizei sind getrennt. — Der Verfassungsschutz darf nicht mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet werden, denn bei der Schaffung des

Grundgesetzes stand die Erfahrung des Dritten Reiches Pate, und es sollte auf jeden Fall vermieden werden, daß so etwas wie eine Geheime Staatspolizei entsteht.“

Innenminister Eggert, April 1994:

„Wir wollen der Polizei das Handwerkszeug geben, das sie braucht, um Kriminalität effizient zu bekämpfen. (...) Mein Eindruck ist, daß der Bürger mehr Angst vor einer starken Kriminalität hat als vor einer mit ausreichenden Gesetzesmöglichkeiten ausgestatteten Polizei.“

Das Mitglied des Sächsischen Landtages Dr. Michael Friedrich (LL-PDS), erklärte dazu:

„Der Polizei werden eindeutig Aufgaben aus dem Bereich des Verfassungsschutzes überwiesen, und diese darf sie selbstverständlich auch mit geheimdienstlichen Mitteln erfüllen. Das ist Notstandsgesetzgebung!“

Ein Verfassungsbruch liegt an mindestens vier Stellen vor:

- * Verletzung des Trennungsgebotes zwischen Polizei und Geheimdienst
- * Verstoß gegen Unverletzlichkeit der Wohnung (großer Lauschangriff)
- * Verletzung der Informationellen Selbstbestimmung (Datenschutz)

Fortsetzung Seite 12 unten

Kein „Lob der illegalen Arbeit“

Von
Klaus Eichner

Aber eine Diskussion über Spionage und Gegenspionage im geteilten Deutschland war der Inhalt eines Podiumsgesprächs der Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte am Abend des 29. Mai 1994 im völlig überfüllten Berliner Ensemble.

Um Fragen der Geheimdienste in beiden deutschen Staaten zu diskutieren, waren unter der Moderation der amerikanischen Professorin Nancy T. Wolfe auf dem Podium angetreten: Werner Großmann, Generaloberst a.D., letzter Leiter der Hauptverwaltung A (HVA) der DDR; Heribert Hellenbroich, Präsident des Bundesnachrichtendienstes a.D. und zuvor Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz; Elmar Schmähling, Flottillenadmiral a.D., Chef des Militärischen Abschirmdienstes 1982/83; Markus Wolf, Generaloberst a.D., Leiter der Hauptverwaltung A bis 1986.

Dr. Wolfgang Harich, Vorsitzender der Alternativen Enquetekommission, erinnerte in seinen Eingangsbemerkungen an die Mutter Courage von Brecht, die in diesem Theater viele Jahre ihren Marketenderkarren über die Bühne und durch die Wirren des Dreißigjährigen Krieges zog, und zitierte dann aus der Amnestieformel des Westfälischen Friedens von 1648, um den Anspruch der Alternativen Enquetekommission an diese Veranstaltung zu artikulieren:

Daß „alle vor und in dem Kriege mit Wort und Schrift und Tötlichkeiten zugefügten Beleidigungen, Gewalttaten, Feindseligkeiten, Schäden und Unkosten gänzlich getilgt sind, so daß all das

in Ewigkeit vergessen und begraben sei“.

Aus den Eingangsstatements der Teilnehmer auf dem Podium soll hier Werner Großmann etwas ausführlicher zitiert werden: Die HVA wurde am 16.8.1952 als Hauptverwaltung für wirtschaftswissenschaftliche Forschung gegründet und als außenpolitischer Nachrichtendienst damals dem Außenministerium der DDR zugeordnet. Erst 1953 erfolgte ihre Eingliederung in das MfS. Großmann verwies u.a. auch darauf, daß zu diesem Zeitpunkt bereits seit Anfang 1946 die damalige Organisation Gehlen nahtlos aus einem faschistischen Geheimdienst hervorgegangen und mit amerikanischer Unterstützung erneut auf Ziele im Osten angesetzt war. Es war also die Zeit, in der der kalte Krieg zwischen den Großmächten die beiden deutschen Staaten zu Werkzeugen der Konfrontationspolitik machte. Eindeutig ist festzustellen, daß weder bei der Gründung noch in der weiteren Tätigkeit der HVA faschistische Geheimdienstler oder andere Nazis beteiligt waren.

Die HVA hat auf der Grundlage der Verfassung und des Rechtssystems der DDR gearbeitet.

Im Zusammenhang mit der heutigen Strafverfolgung der Mitarbeiter der AND der DDR verwies Großmann auf den Verfassungsschutz-Bericht 1993. Nach diesen Angaben sind allein im Jahre 1993 1816 EV eingeleitet worden, 40 Festnahmen erfolgten, und 31 Haftbefehle wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit für die DDR wurden erlassen.

Er wandte sich strikt gegen die Kriminalisierung der Tätigkeit der HVA, ihrer hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter, im Rahmen von Prozessen und Ermittlungsverfahren und forderte eine baldige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Angelegenheit. Dazu zitierte Großmann aus einer Rede des verstorbenen Staatsministers im Bundeskanzleramt, Lutz Stavenhagen, vor Führungskräften des BND am 7. November 1989:

„Zu wissen, was ein anderer Staat kann und macht oder machen will, ist das legitime Interesse eines auf seine Sicherheit und die Erhaltung des Friedens bedachten Staates. Die Nachrichtendienste eines Staates sind Ausdruck seiner Souveränität...“

Die Ziele und Aufgaben der HVA waren nie auf eine Destabilisierung der BRD oder Westeuropas ausgerichtet, aber immer auf eine Stabilisierung der DDR und des gesamten sozialistischen Machtbereichs. In der Mehrheit arbeiteten die Quellen der HVA auf der Grundlage einer zumindest partiellen Übereinstimmung in politischen Fragen, wobei niemand leugnet, daß die HVA auch alle anderen Elemente des nachrichtendienstlichen Instrumentariums für die Werbung und Steuerung ihrer Quellen genutzt hat. Die HVA hatte in Form der „Amtshilfe“ zum gegenseitigen Nutzen eine enge Zusammenarbeit mit den Abwehrbereichen des MfS, gleichzeitig wendet sie sich gegen böswillige Unterstellungen und falsche Schuldzuweisungen in diesem Zusammenhang. Großmann betonte auch, daß

dort, wo durch das Zutun der HVA Personen zu Schaden gekommen sind, die Vertreter der HVA das bedauern und sich entschuldigen.

Die Ergebnisse der Arbeit der HVA leisteten einen Beitrag zur Entwicklung der Ost-West-Balance und hatten Anteil an der Bewahrung und Stabilisierung des Friedens in Europa. Gleichzeitig reproduzierte sie, wie auch die Nachrichtendienste der anderen Seite, auch Elemente des kalten Krieges. Trotz politischer Entwicklungen in Richtung Entspannung und Vertrauensbildung wurde die Spionage nicht eingeschränkt, nein, zeitweise sogar weiter verschärft. In der Diskussion im Podium und mit dem Publikum war ein Schwerpunkt die Bewertung der „Aggressivität“ von NATO und Warschauer Vertrag. H. Hellenbroich lehnt jede Wertung ab, daß die Tätigkeit der östlichen Nachrichtendienste dem Frieden gedient habe, da nach seiner Überzeugung das gesamte System aggressiv gewesen sei. Die Beweise dafür sah er neben der Berlin-Blockade im Mauerbau 1961 und im Einmarsch des Warschauer Vertrages 1969 in die CSSR, auch mit Kontingenten der NVA. Den Einwurf aus dem Publikum, daß die NVA der DDR mit vier Offizieren daran beteiligt war, ignorierte er. E. Schmähling betonte, daß die Doktrinen des Warschauer Vertrages keine aggressiven Elemente des atomaren Erstschlages enthielten.

Ein weiterer Bereich der Diskussion betraf die Auftraggeber für die Geheimdienste und die Möglichkeiten ihrer Kontrolle. Nach H. Hellenbroich dienten die östlichen Nachrichtendienste der Staatsführung, in der DDR der SED und damit einer Diktatur, während die westlichen Nachrichtendienste im Auftrag des Volkes tätig seien. Diese These löste Gelächter und heftigen Widerspruch im Saal aus. E. Schmähling betonte, daß Militär und Nachrichtendienste immer professionelle Apparate im Dienste einer Macht seien und sie auch immer Bürgerrechte einschränken oder aufheben. Auch im Falle einer gesetzlichen Ermächtigung ändere das nichts an dieser grundlegenden Tatsache. Für ihn ist Spionage ein schmutziges Geschäft, das mit schlimmen Methoden betrieben wird und durch den Mißbrauch von Menschen menschliches Elend zumindest in Kauf nimmt. Er plädierte überzeugend für eine Politik, die Bedingungen nutzt und schafft, auf deren Grundlage Abwehr- und Aufklärungsdienste zunehmend unnütz werden und abgeschafft werden könnten.

M. Wolf äußerte Sympathie für diese „Utopien“, da Linke, die das Scheitern einer Utopie gerade erst schmerzhaft erlebt haben, Utopien für die Zukunft brauchen. Angesichts der Realitäten in der Welt und in Deutschland schwangen auch deutliche Zweifel in Wolfs Entgegnung mit.

Der Abend reichte nicht aus, um in wichtigen Fragen dieses komplexen Themas etwas in die Tiefe zu kommen. Er war jedoch bedeutsam, da in diesen Zeiten der einseitigen Hexenjagd auf alles, was mit der Tätigkeit des MfS der DDR zu tun hat, frühere Kontrahenten vernünftig miteinander sprechen konnten.

Eine Gesamtdokumentation dieser Veranstaltung wird in der Reihe „IK-KORR Spezial“ in Kürze erscheinen. Sie wird u.a. einen Vergleich der Gründergenerationen des MfS der DDR und der Geheimdienste der BRD enthalten. Bestellungen über „Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e.V.“, Postfach 3, 13017 Berlin.



Markus Wolf, Gen. Oberst a.D., MfS/HVA; Elmar Schmähling, Flottillenadmiral a.D., eh. MAD-Chef (links)

Bild: Herbert Kloss

Fortsetzung von Seite 11

Sachsens Polizeigesetz

* Umkehrung der Unschuldsvermutung durch Erhöhung des Vorbeugege-
wahrsams auf 14 Tage.

In der Polizeigesetznovelle sucht man vergebens die Punkte, die die Sicherheit des einzelnen Bürgers betreffen, die die alltägliche Angst auf der Straße ernst nehmen. Es geht doch wohl eindeutig um einen starken Staat. Die von der CDU der Novelle zugeordnete Aufgabe lautet: Schutz vor kommenden sozialen Eruptionen infolge der Vereinigungskrise und des Widerstands gegen Demokratieabbau. Die CDU spielt mit den berechtigten Sorgen und Ängsten der Bevölkerung vor Gewalt und Kriminalität, indem der Dämon „organisierte Kriminalität“ aufgeblasen wird.

Wo bleibt aber der Kampf gegen Obergewalt, gegen Wirtschaftskriminalität sowie an den Schnittstellen zwischen Treuhandpolitik, Banken und Wirtschaft? Die Polizei wird regelrecht politisch mißbraucht. Die gleiche Polizei ist aber auch wieder gut genug dafür, daß sie von Regierung und SPD-Opposition als politischer Prügelknabe für die Vergangenheitsbewältigung herhalten darf.

Der Abgeordnete von B'90/Grüne Dr. Donner erklärte:

„Was ist aus Ihnen in den wenigen Jahren seit der DDR-Zeit geworden, Herr Studentenpfarrer Eggert, Herr Oberkirchenrat Heitmann, Herr Vaatz — tatsächliche und vermeintliche Verfolger des DDR-Regimes — aus Ihnen, die sich liberal nennen, und den vielen Abgeordneten im Haus, die sich Demo-

kraten nennen. Was ist aus Ihnen geworden?“

Angela Schneider (LL-PDS) erklärte:

„Ich habe gegen diese Novelle gestimmt, weil ich am 20. März 1994 am eigenen Leibe durch den vorausseilenden Gehorsam der Polizei gespürt habe, wie diese Novelle wirkt. (...) Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie mit jungen Leuten umgegangen wurde, die in einer friedlichen Demonstration versuchen wollten, mit der Polizei zu reden und ihre Gedanken rüberzubringen. (...) Das macht mir Angst um die Demokratie im Freistaat Sachsen.“

Der Kommentar vom Landtagsabgeordneten Leroff (CDU):

„Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum Sie sich so aufregen. Entscheidend ist doch, daß wir nun einmal die Mehrheit in diesem Hause haben...“ (sta)

„Weißenseer Blätter“

Rosemarie Müller-Streisand
zur Geschichte

Wohher kommen wir, wo standen und stehen wir, und wohin wollen wir? Zu diesen drei Fragen — sie meinen 1. die Zeit von 1982-1989, 2. die Zeit dessen, was viele „Wende“ nennen, 3. die Zeit danach bis in die Gegenwart — also zu diesen drei Fragen lassen Sie mich ein paar Anmerkungen machen...

Ich beginne mit einer Kurzcharakteristik der *Weißenseer Blätter* (WB). Sie ist jüngst im *Deutschland-Archiv* erschienen. Ihr Verfasser ist Reinhard Henkys, der 1982 Vertreter des westkirchenoffiziellen *Evangelischen Presse-dienstes*, genannt *epd*, in der DDR war, später als persona non grata ausgetauscht wurde (wobei es der DDR mit dem Nachfolger ein bißchen wie Hans im Glück erging), der dann jahrelang für das Westberliner Dokumentationsblatt *Kirche im Sozialismus* mit dem Geigerzähler eines sehr subtilen Antikommunismus die DDR-Kirchenlandschaft durchsuchte und inzwischen — mangels anderer Aufgaben — Staats- und Parteiakten mit dem Ziel durchforstet, der kirchlichen Linken den Garaus zu machen. Und nun zum Originalton Reinhard Henkys:

„Die *Weißenseer Blätter* (WB) hatten nie die Funktion, „publizistischen Einfluß auf die Oppositionsszene zu nehmen“ (wie es ein anderer Autor im *Deutschland-Archiv* geschrieben hatte, R. M.-S.). Die seit 1982 erscheinenden WB waren älter als die meisten Oppositionsblätter. Sie verachteten die Opposition und denunzierten sie unverhüllt. Ihre Zielgruppe waren vielmehr Theologen und Funktionsträger der offiziellen evangelischen Kirche. Die WB kollaborierten offen mit der ‚reinen Lehre‘ der SED, interpretierten die kirchliche Zeitgeschichte von dieser marxistischen Position aus. Sie führten die publizistische Polemik, die sich die Parteipresse aus kirchenpolitischer Rücksicht versagte und die seitens der SED auch der kollaborierenden CDU-Presse und auch der kirchenpolitischen Monatschrift *Standpunkt* verboten war, sehr zum Leidwesen etwa von deren Chefredakteur Günter Wirth. Man beklagte sich dort bitter darüber, daß die WB sich im ‚Samisdat‘ interessant machen dürften, während die lizenzierte Presse zum Weglassen von Streitthemen und damit zur Langeweile verpflichtet war. — Da die Polemik der WB mit kirchenpolitischer Faktendarstellung verbunden war, die es sonst in der DDR-Publizistik nicht gab, war dies Erzeugnis eines offiziellen Samisdat für kirchliche Insider manchmal spannend zu lesen.“

Eine Insiderin erzählte mir damals, man risse sich, wenn wir erschienen, im Konsistorium die Exemplare aus der Hand. Dem Ondit zufolge erzielten wir inzwischen im Parteivorstand einer bestimmten Partei ähnliche Effekte. Aber weiter im Zitat:

„Einfluß auf die Kirche hat es (dieses Erzeugnis, R. M.-S.) nicht ausgeübt — ebensowenig wie auf die SED, der die WB auch schon vor der Wende ideologische Rechtsabweichung ankreideten. Hanfried Müller, staatlich bestellter Theologieprofessor und Redaktionsverantwortlicher der WB, rief nach dem Rücktritt Honeckers in einem ‚Offenen Brief an meine Freunde in der SED‘ vergeblich zum Widerstand auf und warnte die Genossen ausdrücklich vor Schuldbekennnis, Reue und Buße. (WB 5/1989, S. 25 ff.) — Daran hat sich nichts geändert. Die *Weißenseer Blätter* erscheinen heute noch.“

Dieser letzte Satz stimmt offenkundig. Aber er muß den Verfasser ein biß-

chen Überwindung gekostet haben, denn nach unserem ersten Erscheinen hatte er uns eine Lebensdauer von 2 bis 3 Heften prognostiziert, wir seien in eine günstige Konstellation geraten und füllten eine zeitweilige Lücke. (Ein bei dem Gespräch anwesender Generalsuperintendent konzidierte uns immerhin ein etwas längeres Leben.)

Im übrigen ist es bei Henkys hier wie meistens: Er weiß fast alles, und er versteht fast nichts.

Was er vor allem nicht versteht, ist, wie Christen Sympathien für den Kommunismus haben können.

Damit komme ich zur ersten Frage: Woher kommen wir? Ich meine, wir brauchen uns dessen nicht zu schämen, was Henkys „Kollaborieren“ nennt. „Kollaboration“ heißt ja bekanntlich Zusammenarbeit, dasselbe wie „Kooperation“. Schätzt man solche Zusammenarbeit, nennt man sie Kooperation, ärgert sie einen, nennt man sie Kollaboration. Wir haben gern mit einer „reinen

chenpolitik zunehmend opportunistisch wurden. Dabei sahen wir uns durchaus in Übereinstimmung mit den Sieben Weißenseer Sätzen „Von der Freiheit der Kirche zum Dienen“, wo es heißt: „Wir werden der Erhaltung des Lebens durch Mitarbeit und kritischen Rat dienen.“ Belege dafür, daß die WB der „SED ... auch schon vor der Wende (hinterher gab es sie ja leider nicht mehr) ideologische Rechtsabweichung“ angekreidet hätten, lassen sich in der Tat reichlich finden. Aber wir kritisierten nicht mit Häme und hoffentlich auch nicht mit Besserwisserei, obgleich ein für Agitation Verantwortlicher der SED, wie wir später erfuhren, einmal meinte, vor uns als „Feinden“ warnen zu müssen. Vielmehr beobachteten wir die politische Entwicklung mit wachsender Besorgnis: Entpolitisierung der Massen, die Vorstellung, der Sozialismus siege im Selbstlauf, Konzessionen an den Gegner, die nicht als solche deklariert wurden, Blauäugigkeit gegenüber dem Imperialismus sind hier nur als ein paar Stichworte zu nennen. Und darum hat uns die Konterrevolution, vor der wir vergeblich zu warnen versucht hatten, auch nicht überrascht.

Vollen Widerspruch erfordert allerdings der Satz von Henkys, wir hätten „die kirchliche Zeitgeschichte von dieser marxistischen Position aus“ interpretiert. Henkys kann sich anscheinend noch weniger, als daß Christen Kommunisten sein können, wenn auch nicht müssen, vorstellen, daß Sympathisanten der Kommunisten Christen sein können und daß für Christen das einzige Kriterium der Kirchengeschichte die Bibel war und ist.

Uns ging es nicht darum, die Kirche zu einer revolutionären Partei zu machen, sondern darum, zu verhindern, daß aus ihr eine konterrevolutionäre Partei, ja eine politische Partei überhaupt würde. Das unterschied uns auch von solchen Christen, mit denen wir politisch voll und ganz solidarisch waren, die theologisch dem Religiösen Sozialismus bzw. dessen Modernisierung, der Befreiungstheologie, verhaftet waren. Wir haben stets — und bis heute — versucht, diese theologisch unabweisbare Auseinandersetzung so zu führen, daß wir kein politisches Porzellan zerschlugen, aber wir mußten auch feststellen, und zwar bis heute, daß nicht nur viele Marxisten das als unnötig spaltend empfanden (jetzt hätte ich beinahe gesagt: Wie sollten sie auch anders? Aber das wäre nun wirklich überheblich; denn manche verstehen uns dabei sehr wohl), sondern wir mußten auch feststellen, daß wir selbst unter uns Theologen gar nicht ganz so einig sind, ob denn das ein notwendiger Streit sei. „Reine Lehre“ ist heute auch in der Theologie kaum „in“.

Und doch meine ich, daß die Vermischung von Glauben und Wissen, von Evangelium und Welt-Anschauung, beides verdirbt, den christlichen Glauben zur religiösen Weltanschauung deprimiert und die Anschauung der Welt dem Irrationalismus ausliefert. Beides dient im übrigen dem — in der WB ja sicher bis zum Geht-nicht-mehr angegriffenen — Klerikalismus, sei es im etwas altväterischen „Wächteramt“ der Kirche über die Welt, sei es in der These vom „politischen Mandat der Kirche“, wie es der berlin-brandenburgische Bischof Forck proklamiert und praktiziert hat. Und die Invasion evangelischer Pfarrer von Gauck bis Eppelmann, die ihr Pfarramt aufgaben und beschlossen, Politiker zu werden, ist nur die letzte Konsequenz dieser längst vorher stattgehabten Vermischung.

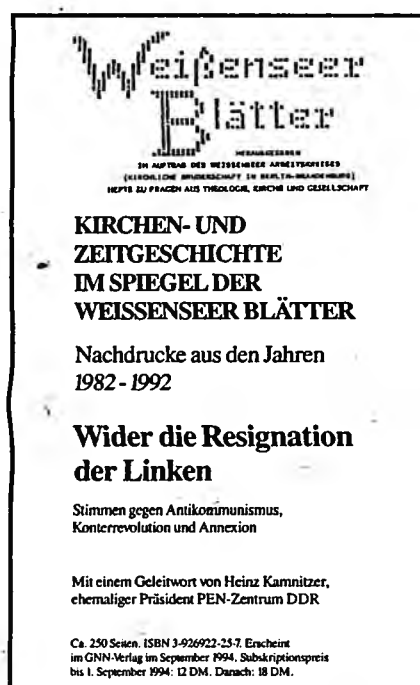
Ich sage: uns hat die Konterrevolution nicht überrascht, und komme damit zur 2. Frage: Wo standen wir in ihrem Verlauf?

In der Konterrevolution überrascht hat uns allerdings das kampflose Aufgeben der Partei, die eigentlich nicht zur Kapitulation berufen gewesen wäre, sondern zur Führung auch dann noch, als die Sowjetunion die DDR verkauft — wenn auch nicht sofort geliefert — hatte.

Henkys hat richtig gesehen, daß wir zum Widerstand aufrufen wollten. Wir haben nicht eine Sekunde lang geglaubt, was nicht nur alle Welt, sondern leider auch die „Erneuerer“ in der SED/PDS behaupteten, daß es sich um eine „Revolution“ handle (vor allem mit dem unentwegt wiederholten, aus dem Zusammenhang gerissenen Lenin-zitat von denen, die nicht mehr wollen, und denen, die nicht mehr können — wenn das so einfach wäre, wäre auch der faschistische Putsch in Chile eine Revolution gewesen).

Kein Satz der WB ist von kirchlichen Autoren häufiger zitiert worden als der: „keine Reue, keine Buße, keine Schuldbekennnisse“. Nun, wir haben gegenüber der Kirche — und das heißt: gegenüber uns selbst! — niemals aufgehört, Buße, Umkehr als Angebot und Gebot Christi zu verkündigen. Aber bei diesem vielzitierten Satz ging es um völlig anderes; wir sahen, wie die Sozialisten in unserem Land planmäßig und erfolgreich demoralisiert wurden, indem man ihnen und schließlich sie sich selbst ausgerechnet das als größte Schuld vorwarfen, was nicht Schuld war, sondern vielmehr die Niederlage des Sozialismus verhindern sollte: Kampf, Wachsamkeit, Bereitschaft, die Macht zu verteidigen. Und dazu zeigte auch die raffinierte Beschuldigung der Korruption volle Wirkung, wiederum in den eigenen Reihen im sogenannten „Finanzskandal der SED“ von den vorgeblichen Erneuerern nicht nur aufgenommen, sondern bewußt eingesetzt. Gewiß, es hat Dummheiten gegeben, vielleicht sogar mehr als andernorts, es hat Gesetzesverstöße gegeben, sicher nicht mehr als andernorts, und es hat Fälle von Korruption gegeben, ganz bestimmt weit weniger als andernorts, wo man dekretiert hat, daß die DDR ein „Unrechtsstaat“ gewesen sei.

Reue und Schuldbekennnis forderten die Feinde des Sozialismus und Kapitulanten, die auf deren Gnade hofften. In ihrem Munde sagte das Wort Buße etwas ganz anderes als im Neuen Testament, nämlich das Abschwören, den Kniefall vor den Siegern im Klassenkampf. Daß der unsäglich schmalzig-platte Film „Die Reue“ zum Schiboleth gemacht wurde, war für uns signifikativ. Übrigens fiel uns bald die historische Parallele zum Frankreich von 1940 und der Reuepredigt der Vichy-Leute auf, wir fanden von Karl Barth bis Jean Paul Sartre Warnungen vor der Kapitulationsbuße als Mittel der psychologischen Kriegsführung und druckten sie ab. Denn wir wollten unseren Teil dazu beitragen, daß Kommunisten wieder Mut, Selbstvertrauen, Kampfeswillen gewannen, übrigens nicht zuletzt auch durch die Einsicht, daß es sich um echte, schwere Niederlagen im Klassenkampf handle, daß aber der, der unterliegt, noch lange nicht Unrecht hat. Vielleicht hat uns übrigens in diesen Fragen die „Gnade der frühen Geburt“ geholfen: Wir wußten ja noch aus der Nazizeit, daß ein ganzes Volk besoffen sein kann, nicht nur 1933, sondern ebenso schlimm 1940, und daß der, der siegt, noch lange



Lehre“ und noch viel lieber mit einer „reinen Praxis“ der SED — gemeint ist von Henkys damit der sozialistische Staat DDR — zusammengearbeitet, nicht zuletzt in den Fragen von Frieden und Abrüstung, die in unseren ersten Jahrgängen die politische Hauptthematik bildeten. Dies allerdings durchaus in Polemik gegen eine vorgeblich „kirchliche Friedensbewegung“, die ja in der Wirklichkeit von der Mehrzahl ihrer Anführer her — man denke nur an Eppelmann — auf die Liquidierung des Sozialismus zielte und die wir nicht verachtet, sondern sehr ernst genommen haben.

Übrigens hat diese starke und berechtigte Orientierung auf Frieden und Abrüstung dazu geführt, daß wir jedenfalls bis 1987 voll auf Gorbatschow hereingefallen sind und auch 1988 teilweise noch versuchten, ihn ebenso wie das SPD/SED-Papier gegen den vermeintlichen Mißbrauch durch Gegner in Schutz zu nehmen — so ein bißchen mit Luthers Erklärung des 8. Gebots im Hinterkopf, „ihn entschuldigen, Gutes von ihm zu reden und alles zum Besten kehren“, allerdings, wie ich gestehen muß, zunehmend mit einem unwohligen Gefühl in der Magengegend.

Diese Zusammenarbeit schloß allerdings allerlei Kritik nicht aus, sondern ein, da nämlich, wo diese Lehre und diese Praxis leider gar nicht mehr „rein“, sondern von der Ökonomie bis zur Kir-

nicht im Recht ist (wennschon der Satz von Dietrich Bonhoeffer, in der Nazizeit notiert, nachdenklich macht: „Auch das Fehlen von Macht kann Schuld sein.“).

Übrigens gehört es nicht zum Stil der WBI, daß in dieser Diskussion um Schuld und Niederlage auch der Einspruch gegen den Ruf: „Keine Reue, keine Buße, keine Schuldbekennnisse“ in ihnen zu Wort kam, obgleich die Situation heiß war wie nie zuvor und wir uns durchaus bewußt waren, daß es um Sein oder Nichtsein des Sozialismus ging und daß die Verteidiger des Sozialismus völlig in der Minorität waren.

Dabei schloß dieses „Nicht auf den Knien!“ keineswegs die Notwendigkeit aus, die Ursachen der Niederlage umfassend, genau und radikal zu analysieren, ganz im Gegenteil. Und damit komme ich zur dritten Frage: Wo stehen wir heute, und wohin wollen wir?

Zunächst: was den Leserkreis der WBI angeht: Wir haben nach 1989 eine Reihe von kirchlichen Lesern verloren (übrigens auch Leser aus der Dissidentenszene bis hin zu Lutz Rathenow, der uns durch eine Strohfrau bestellte und „mit unfreundlichen Grüßen“ abstellte), und wir haben seitdem eine Reihe von marxistischen Lesern gewonnen. Aber wir wollen nicht aufhören, „Fragen aus Theologie und Kirche“ weiter an den Anfang zu stellen und ihnen Fragen aus der „Gesellschaft“ folgen zu lassen, wie das in unserem Untertitel steht.

Das hat für uns schon etwas mit der Gewichtung und den Prioritäten unserer eigenen Position zu tun, zumal wir dem empirisch so einleuchtenden Schema stets widersprochen haben, wonach ein politisch Linker theologisch liberal sein müsse (liberal hier nicht als „frei“ verstanden, sondern als die Beliebigkeit des „hier stehe ich, ich kann auch anders“ — wenn sich die Kräfteverhältnisse ändern). Wir sind gegen die nur scheinbar „lebensnahe“ und in Wirklichkeit oft platte Reduktion der Theologie auf Ethik, Anthropologie oder Religiosität. Kame es nur auf unsere guten Werke, unser Selbstverständnis und unsere Selbstfindung oder gar eine Orientierung auf „Höheres“ oder „Jenseitiges“ an, dann wäre, um es mit einem Wort des Apostels Paulus zu sagen, „unser Glaube eitel“, und dann könnten wir getrost, wie es ja viele möchten, die theologischen Fragen nach der „reinen Lehre“ als „Orthodoxie“ der politischen Rechten überlassen. Es ist nicht ganz einfach, so wenig fachtheologisch wie möglich zu sagen, was eigentlich den Kern unserer Theologie ausmacht, vielleicht ist es aber verständlich, wenn wir sagen: Wir sind nicht Christen, weil wir in den Himmel kommen und gute und gerechte Menschen sein möchten, sondern weil Gott Mensch geworden und auf die Erde gekommen ist, mitten unter uns und für uns gottlose Menschen. Sieht man sich, wenigstens hierzulande (in den USA scheint das ein bißchen anders zu sein), kirchlich-theologische Publikationen an, dann scheinen wir, so weit wir sehen können, die einzigen zu sein, die so etwas wie eine „linke Orthodoxie“ vertreten. Und wir meinen, eine solche Stimme sollte wenigstens etwas lauter werden.

Zum zweiten geht unsere — wenn ich das einmal so sagen darf — politische Hilfs-Funktion weiter, indem wir versuchen, unsere Solidarität mit den heute politisch Verfolgten zu bekunden — wenn Sie so wollen: als „Rote Hilfe“ im geistlichen und geistigen Sinn. Sie alle kennen die Geschichte von dem unter die Räuber Gefallenen, an dem Priester und Lewit vorbeigingen und dem der verachtete Samariter half — er stand damals in Israel in einem ähnlichen Ruf wie ein Ossie heute in der BRD — auch über Samarien sagte man, was kann von dort Gutes kommen? Wir hatten

einfach den Eindruck, daß die Kommunisten, die, die es bleiben wollten, unter die Räuber gefallen waren und wir an ihre Seite gehörten. Richtig barmherzige Samariter waren wir dabei freilich nicht, zum einen konnten wir ihnen keine Herberge verschaffen und ihre Betreuung bezahlen, wovon ja im Gleichnis die Rede ist; aber sie erzählt ja auch eigentlich nicht von einem beliebigen unter die Räuber Gefallenen und einem beliebigen Retter, sondern von Jesus.

Zum dritten: Weil wir feststellen müssen, daß wir noch niemals — einschließlich der Nazizeit, wo es immerhin noch Auslandssender gab — so einseitig und so schlecht informiert gewesen sind wie heute, bringen wir gelegentlich auch solche Informationen, sofern wir sie bekommen können, von denen wir meinen, daß sie auch unsere Leser interessieren könnten.

Schließlich aber liegt uns besonders daran, ein für alle Sozialisten und Kommunisten und ihre Sympathisanten offenes Diskussionsforum zu sein, auf dem die konventionellen Tabus nicht gelten. Ein Forum für Analysen im Blick auf die Vergangenheit und die Gründe unserer gemeinsamen Niederlage und im Blick auf die Gegenwart, die ja zunehmend bestätigt, daß Widerstand und nicht Kapitulation heute auf der Tagesordnung steht und daß wir dreimal prüfen sollten, ehe wir aus dem Erbe sozialistischer Politik etwas als widerlegt über Bord gehen lassen. Und im Blick auf die Zukunft, die die Menschheit ohne revolutionäre Veränderungen, Veränderungen in den Eigentums- und den Machtverhältnissen, nicht mehr erleben wird. Selbstverständlich wissen wir, daß wir uns hier und heute nicht in einer revolutionären Situation befinden — leider! und dies „leider“ unterscheidet uns von denen, die darüber heilfroh sind. Sondern wir befinden uns in einer Situation, in der erst einmal Klarheit in die Köpfe kommen muß — und zwar unsere eigenen zuerst. Darum, meinen wir, muß heute Theorie getrieben werden, und theoretisches Niveau hat heute hohen Stellenwert, so aber, daß die theoretische Auseinandersetzung und der theoretische Streit die Linke nicht — wie das immer wieder geschieht — spaltet, sondern gerade zusammenführt. Denn der Zusammenhalt aller, die heute antiimperialistische Positionen vertreten, muß nicht nur gewahrt, sondern verstärkt — weiterhin auch überhaupt erst einmal erreicht — werden quer durch Parteien und Gruppen hindurch.

Jeder einzelne Gedanke, jede Konzeption, die auf diesem Weg weiterhilft, soll bei uns im Für und Wider Platz haben, eingeschlossen auch die u. U. ganz unterschiedliche Sicht, die z.B. heute Ostlinke und Westlinke haben oder Parteien und in verschiedenen Parteien oder Gruppen Organisierte. Weil keiner von uns die Analyse oder das Programm oder die Konzeption hat, wollen wir Analysen, Programme und Konzeptionen zur Diskussion stellen, nicht in einem relativistisch-postmodernen Pluralismus, in dem dann nichts mehr richtig, weil doch alles egal ist, sondern in kritischer Freiheit, die sich selbst, aber vor allem auch den anderen nicht zuletzt darin ernstnimmt, daß sie ihm notfalls energisch widerspricht, so wie sie selbst für jeden Widerspruch offen ist

R. Müller-Streisand hielt den Vortrag auf einem Lesertreffen der Weißenseer Blätter am 7. Mai 1994. Die Weißenseer Blätter werden herausgegeben im Auftrag des Weißenseer Arbeitskreises (Kirchliche Bruderschaft in Berlin-Brandenburg). Sie erscheinen zweimonatlich. Ihr Bezug ist unentgeltlich. Bezug über: Hanfried Müller, Ehrlichstr. 75, 10318 Berlin.

KURDISTAN - SOLIDARITÄT

Newroz-Delegation trafen sich

An dem Treffen, zu dem das Koordinationsbüro der diesjährigen Kurdistan-Delegationen zu Newroz und den Kommunalwahlen sowie medico international eingeladen hatten, nahmen mehr als 200 Leute teil. Sie werteten die Delegationen vom März aus.

Einigkeit bestand in der Weiterführung des Frankfurter Newrozbüros, möglichst mit einem erweiterten Trägerkreis, und der Durchführung neuer Delegationen nach Kurdistan. Dies wurde von Diskussionsrednern aus der Friedensbewegung, dem Bund demokratischer Wissenschaftler und der Grünen unterstützt.

Hans Brandscheidt von medico international führte aus, daß die Delegationen die Bundesregierung unter Legitimationsdruck gesetzt haben. Es gelte, die Anklage des türkischen Regimes wegen Völkermords am kurdischen Volk und der Bundesregierung wegen Beihilfe zum Völkermord weiterzutreiben. Erreicht werden muß die „Bannung und Stigmatisierung der verantwortlichen Türkei“ und „zudem die internationale Tribunalisierung ihrer Verhältnisse und ihrer Kurdenpolitik.“ (...) Diese Türkei (nicht die Türkinnen und Türken) gehört geächtet auf die Anklagebank — auf der ganzen Breite von der KSZE über die Europäische Menschenrechtskommission (Straßburg) bis hin zu anderen denkbaren öffentlichen Tribunalen.“ Gegen die in BRD-Medien verbreitete Formulierung des „Bruderkrieges“ in Kurdistan verwies er auf die Verantwortung der Mächte des Mittleren Ostens und der westlichen Staaten für die Entwicklung. Besonders unter dem Aspekt der völkermordnahen Bedrohung haben die Kurden das bewaffnete Widerstandsrecht.

Daher soll das Newroz-Koordinationsbüro „sich langfristig um Dokumentation und Aufdeckung eines geschlossenen repressiven Beziehungskomplexes“ bemühen: „Wirtschaftshilfe, Waffenhilfe, strategische Verträge und Abmachungen BRD - Türkei, Tourismussektor, chemische Kriegsführung, Einsatz spezieller Waffensysteme, Folter, Justiz, Gefängnisse.“ Kommende Delegationen sollten qualitativ besser vorbereitet sowie besetzt sein mit Fachleuten für türkisches Sonderrecht, chemisch-toxikologische Kriegsführung, Pathologen, Mediziner, Journalisten, Fotografen, Vertreter von Organisationen mit Zugang zu internationalen Institutionen, Gewerkschafter usw.

In der weiteren Arbeit sollen Forderungen nach einer politischen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage sowie nach Selbstbestimmungsrecht im Vordergrund stehen, wie auf der Brüsseler Nordwestkurdistan-Konferenz vom März '94 formuliert. Gegen eine Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in der BRD wandte sich die Konferenz.

Zum 1. September (Antikriegstag) und 22. Oktober (Jahrestag der Zerstörung von Lice) sollen in diesem Jahr örtliche Aktionstage stattfinden. Zur Vorbereitung einer Kampagne „Boykott des türkischen Völkermordregimes“ findet am 26. Juni ab 11.00 Uhr im Frankfurter Kurdistan Zentrum ein Arbeitstreffen statt. Aufgerufen wurde zur Demonstration am 25. Juni in Frankfurt.

Das Protokoll wird im nächsten Kurdistan Rundbrief (Nr. 13) veröffentlicht.

— (rub)

TERMINE

25.6. Demonstration für eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage. Frankfurt/Main, 11 Uhr, Rebstockgelände.

26.6. Lt.Wahl in Sachsen-Anhalt

21.7. bis 24.7. Linke Sommerschule in Schnepfenthal, Thüringen. Themen: Philosophie: Auseinandersetzung mit der Postmoderne; Geschichte: verschiedene Richtungen im antifaschistischen Widerstand; Wirtschaft: liberale Wirtschaftstheorie / Tarifpolitik am Scheideweg / Marxsche Grundrententheorie. Anmeldungen bis 15. Juli an: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (040) 381393 (für Interessierte aus dem Westen); Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. (0365) 7101988 Wahlkreisbüro Gera MdL Michael Gerstenberger, Amthorststr. 11, 07545 Gera, Tel. (0365) 813130.

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czerninski Str. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Czerninski Str. 5, 10829 Berlin, Tel. 030 / 7815222, Fax: 030 / 7848925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Dat. Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 621532.

Kleiderappell

Aus dem Werkkreis Literatur der Arbeitswelt München
Eine Kurzgeschichte von Markus Dosch

Es war alles so blitzschnell gegangen.

Er stand vor dem Schaufenster und betrachtete die Bildschirme und das Zubehör an technischen Geräten. Vielleicht sollte er sich auf seine alten Tage doch noch einen PC kaufen und seine gesamten Büro- und Schreibarbeiten damit erledigen.

Da hörte er ihre rauhen, bösenartigen Schreie „Deutschland den Deutschen ... Deutschland den Deutschen ... Ausländer rausss ... Ausländer rausss ... rausss ...“ und dann ein stumpfes Dröhnen und ein Klatschen, und er wusste, daß sie ihr Opfer gefunden hatten und ihren gesamten grausamen Haß und ihre sinnlose Wut an ihm ausließen.

Er drehte sich um, es war gar nicht so weit weg von ihm, dort drüben an der Kreuzung. Drei oder vier baumlange Kerle mit ihren Springerstiefeln und den schwarzen, abgewetzten Lederjacken. Einer der Kerle verpaßte dem am Boden liegenden Klumpen noch einen schweren Tritt, und dann rannten sie um die Ecke, und nur der Hall ihrer Springerstiefel auf dem Beton des Trottoirs war noch für ein paar Sekunden zu hören.

Ein paar Leute bückten sich über den Burschen, klein und schwarzhaarig, und dann raste auch schon der Polizeiwagen mit seinem aufreizenden Geheul heran. So war es also. Sie waren wieder da! Er hatte es lange, lange Zeit nicht für möglich gehalten. Und es schien auch so, als ob der braune Spuk ein für allemal gebannt worden sei. Und nun waren sie wieder da, und niemand, auch er nicht, hatte es verhindern können.

Er ging in das Café neben dem Computerladen und setzte sich an ein Tischchen am Fenster. Drüben, wo der Mann gelegen hatte, war man eben dabei, ihn in den Sanka zu heben, und als das Auto weg war, sah es wieder so aus, als ob alles seinen normalen Gang genommen hatte.

Er bestellte sich einen Kaffee und einen Grappa und überlegte, ob er sich wirklich einen PC kaufen sollte. Doch ohne daß er es wollte, tauchten die Bilder von damals, der Zeit im KLV-Lager, auf, er roch wieder den eigentümlich welken Geruch des Klostersgangs, und er hörte wieder das Singen der Nonnen, wenn sie ihre Litaneien herunterbeteten, und die kalte Stimme des Lagerleiters in ihrer „Stube“.

Die Krankenschwester wartete schon auf ihn, sie tröpfelte ihm das Jod auf die breite Schürfwunde. Er hatte sie sich gestern beim Geländespiel geholt. Als das braune Jod sich über das rosa Fleisch der Wunde verbreitete, verzog er vor Schmerz das Gesicht. Schon beim Kleiderappell hatte die Wunde ganz schön weh getan, und er hatte sie notdürftig mit einem Taschentuch verbunden.

„Na, na, ein Hitlerjunge und Schmerz zeigen, ha? Was war denn heute wieder los mit euch? Warum habt ihr heute wieder Kleiderappell gehabt?“ Mit zusammengekniffenen Augen blickte sie ihn von unten her an. Ihr sommersprossiges Gesicht war rundlich, und zwei Zöpfe hingen ihr über die Schultern. Sie sah aus wie eins der jungen BDM-Mädel vom Hotel „Ammersee“ unten am Dorfeingang, obwohl sie schon viel älter war. Bruno und die anderen Jungen waren nicht besonders gut auf sie zu sprechen, weil sie sie schon öfter beim Lagerleiter und bei Bucki verpetzt hatte.

„Tut's noch weh? Aber ein strammer Junge wie du, der hält das schon aus.“ Sie lächelte und schwang einen der Zöpfe nach hinten.

„Na, was habt ihr denn wieder ausgefreßt, daß der Lagerlei ... äh, der Herr Mehringer heute so scharf war?“ Er spürte, wie der Schmerz allmählich nachließ und die Wunde aufhörte, wie irrsinnig zu toppen. Sollte er ihr sagen, warum der Mehringer das ganze Fähnlein am Vormittag im Klostersgang so geschliffen hatte? Aber schon so, daß ihnen der Schweiß nur so heruntergeronnen war. Und das bei 25 oder 30 Grad im Schatten! Er war mit Schwester Erika immer gut ausgekommen, aber er wußte auch, daß sie oft mit Bucki, ihrem Fähnleinführer, und dem Lagerleiter zusammen war. Und Bruno und die anderen Jungen meinten, daß sie da so manches über die „Stuben“ ausplaudern würde. Langsam und stockend sagte er:

„Ich glaub ... heute nacht ... hat wieder einer das Klo versaut.“

„Was, habt ihr den immer noch nicht herausgebracht?“

„Nein ... wir machen ja schon die ganze Zeit Nachtwachen. Alle zwei Stunden kommen zwei andere dran und gehen mit ...“

„Was mit ...?“

„Na ja, mit denen, die ... die mal müssen ... mit auf's Klo ... und schau dann nach, ob alles sauber ist. Aber er kommt uns immer wieder aus, dieser Heini. Und wegen dem ... wegen dem ... werden wir ... werden ...“

„Na, Marko, was? Sag's schon ... was werdet ihr?“ Sie drückte ihm das Pflaster auf die Wunde an der rechten Hüfte und gab ihm einen Klaps auf die Wange. Angefangen hatte alles damit, daß plötzlich Mehringers Stimme über den Lautsprecher in ihre Stube geplatzt war:

„Heute nacht hat wieder einer, der sich 'deutscher Hitlerjunge' nennt, im Klosett eine Disziplinlosigkeit der schlimmsten Art begangen, ihr wißt schon, was ich meine. Das werde ich mir nicht mehr länger bieten lassen, niemals! Und ich werde euch allen dafür ein wenig die Hammelbeine langziehen. Dann werdet ihr bald herausfinden, wo der Saukerl steckt.“ Er verschnaufte kurz, und dann zischte er:

„Tss ... was haltet ihr von einem kleinen Kleiderappell? Ist doch was Feines.“ Er räusperte sich und brüllte dann los:

„Also, wir sehen uns in zehn Minuten in voller Winteruniform, auch wenn's draußen eine Mordshitze hat. Es wird keiner erfrieren, das garantier ich euch! Im Klostersgang. Verstanden?“

Marko starrte auf das Pflaster. Das Jod machte rostbraune Flecken auf der Haut, und die Schwester lachte, als sie seinen ängstlichen Blick bemerkte. Sie zwinkerte ihm listig mit ihren Äuglein zu und flüsterte:

„War's denn wirklich soo schlimm, Marko? Der Lagerleiter Mehringer ist doch kein Unmensch, oder?“ Sie lachte wieder, und er sah Mehringer vor sich, als er sie im Klostersgang hatte antreten lassen. Alle Stuben ihres Fähnleins waren wie die Irren durcheinander geha-

stet, hatten sich wüst angerempelt und beschimpft und dann den Platz eingenommen, der ihnen in der KLV-Lagerordnung zugeteilt worden war.

Marko stand in der vordersten Reihe seiner Stube. Er konnte den tiefblauen Himmel über dem Innenhof des Klosters sehen. Die Luft über dem Dach des Querbaus vibrierte sachte, und ab und zu huschte ein dunkler Vogel an den hohen Fenstern vorbei. Von unten hörte man die scharrenden Geräusche der Nonnen. Sie machten sich in der Küche des Klosters zu schaffen, und der Gesang ihrer Litanei drang leise zu ihnen empor.

Zuerst hatten sie alle gemault, als es hieß, das Lager sollte in das Kloster über dem Dorf verlegt werden. Hitlerjungen, und in ein Kloster! Aber nach einiger Zeit hatte sie sich an die Nonnen gewöhnt, und das riesige Gebäude kam ihnen abenteuerlich und geheimnisvoll vor, besonders nachts.

Dann spürte er einen harten Stoß im Gesäß, und als er sich gerade umdrehen wollte, flüsterte Bruno:

„Paß auf, der Mehringer kommt.“ Mit federnden Schritten marschierte der Lagerleiter vom Ende des langen Ganges heran. Seine schwarzen Schaffstiefel glänzten in den schrägen Balken der einfallenden Sonnenstrahlen, und sein kantiges Gesicht starrte an ihnen vorbei. Bucki, ihr Fähnleinführer, trabte hinter ihm drein und baute sich dann neben dem Lagerleiter vor ihnen auf. Erika, die Krankenschwester, hastete auf einen Wink Mehringers wieder zurück und verschwand hinter der Tür zum Sanitätsraum.

Vom Glockenturm der Klosterkirche schlug es Zehn, und die Schläge dröhnten hart und nachhallend in die Stille.

„Ruhe, meine Herren, Ruhe!“ Mit spitzem Mund blies der Lagerleiter ein Staubkorn von seiner Jacke. Er trat auf die Jungen im vordersten Glied zu und inspizierte ihre Uniformen. Ab und zu nestelte er an den Halstüchern oder drückte einem der Jungen den vorge-streckten Bauch zurück. Dann blieb er kurz vor Marko stehen, und sie sahen sich für einen Moment in die Augen. Marko wollte dem Blick der eisgrauen Augen standhalten. Aber als er spürte, wie seine Hände zu zittern begannen, senkte er den Kopf. Der Lagerleiter schritt weiter die Reihe entlang. Dann drehte er sich zu den Fenstern des Ganges

und sagte spöttisch:

„Na, das klappt ja schon ganz gut, meine Herren.“ Er schwang sich auf dem Absatz herum und blickte auf seine Armbanduhr.

„Was meint ihr zu dem Wetter heute? Wäre doch ideal zum Baden, oder? Aber ...“, er wurde lauter „ihr habt euch das selbst zuzuschreiben. Ist das allen klar?“ Er faßte Bucki am Arm. „Ich höre nichts, Bucki. Oder haben Sie was gehört?“

Bucki schüttelte den Kopf und hob die Arme an. Und dann schrien sie alle los: „Jawoll, Herr Lagerleiter, jawoll!“

„Ich dull ... de keine Disziplinlosigkeiten, niemals. Der Führer hat euch mir anvertraut, und ich werde dafür sorgen, daß ihr anständige Kerle werdet, keine Waschlappen und Meckerfritzen. Verstanden! Habt ihr verstanden?“ Ein donnerndes „Jawoll, Herr Lagerleiter“ hallte durch den langen Gang und brach sich als ein vielfältiges Echo an der Einmündung des Seitentrakts.

„Und weil's so schön war, treffen wir uns ... na, sagen wir ... in sieben Minuten ... in ... ja gut, das ist gut ... in sieben Minuten in Badekleidung. Wegtreten!“

Er drückte sie immer weiter mit der Zeit herunter, so daß sie vor lauter Hetzen kaum Zeit zum Umziehen hatten. Als er endlich genug hatte, waren sie alle total fertig und k.o.

Marko beobachtete die Schwester. Sie hatte ihm den Rücken zugewandt und macht sich an dem großen Verbandskasten zu schaffen. Als er verhalten hustete, drehte sie sich um und ging langsam auf ihn zu. In der einen Hand hielt sie eine Schere und schnipselte damit an einem Stück Verband herum. Sie sah ihn mit zusammengekniffenen Augen an und lächelte sanft. Sie war richtig nett zu ihm gewesen, und sie würde ihn bestimmt nicht verpetzen. Oder sollte er doch nicht ... Er wandte sich zur Tür. Schwester Erika faßte ihn am Arm.

„Ich wünsch euch, daß ihr diesen Saukerl bald erwischt, du weißt schon. Dann läßt euch auch der Herr Lagerleiter wieder in Ruhe. Aber Ordnung muß doch sein, oder nicht?“ Langsam entzog sich Marko ihrem Griff und sagte:

„Das schon ... aber wegen diesem Heini werden wir so ... wird das ganze Fähnlein vom Mehringer ... ge ... geschliffen ...“ Sie sah ihn mit ihren verschlafenen Augen an, „jawohl, richtig geschliffen hat er uns“, platzte er heraus, „zuerst in zehn Minuten in der Winteruniform ... bei dieser Mordshitze ... und dann ... immer weniger Zeit ... in der Badehose ... in der Sommeruniform ... Ausgehuniform und im Schlafanzug ...! Die Schwester grinste, „so, geschliffen hat er euch, der Herr Lagerleiter. Na, ihr werdet's überstehen. Der Herr Lagerleiter meint's doch nur gut mit euch. Er will halt anständige Jungs aus euch machen. Auf die der Führer stolz sein kann.“

Sie blinzelte ihm mit ihren listigen Äuglein zu und flüsterte ihm ins Ohr: „Ich sag dem Herrn Lagerleiter nichts von unserer Unterhaltung ... und auch dem Bucki kein Wort. Aber jetzt verschwinde, los.“ Dann drängelte sie ihn aus dem Krankenzimmer hinaus. Ja, schoß es ihm durch den Kopf, hoffentlich verpetzt sie mich nicht bei Bucki oder dem Mehringer. Aber zu ihm war sie ja immer nett gewesen, und er hatte Bruno ausgelacht, als er sie mal ein falsches Biest genannt hatte.

Als er wieder in der Stube war, warf er sich auf's Bett und schloß die Augen. Er fühlte sich noch ganz matschig von dem Kleiderappell. Die anderen flach-



Gedichte von ed schmitt

das miteinander ist verbraucht
es halten sich keine Sätze mehr auf
die dem sohn etwas anderes
abverlangen als schweigen
mehr noch das überspringen der ahnungslosigkeit
den ständig aufflackernden wiederholungen
die über jahre überstunden
abverlangten wiederholungen
was es ist — nicht einmal das
nichts als wille zur wut
einbrecher in die angst
die nicht einmal den abstand
wenigstens zu formulieren
eine anwesenheit die bedrohlich weit
über den hals wächst

der stuhl
verkantet über stein über
bord geschoben trautes
ROLLSTUHL 1 x 1 prinzeßin
orthopädie tanz mit mir
UM ge kippt in der schwebel
auf ge FAL tet rollus
rolli
garant
die welt ist elektrisch der
schlüssel die STECKdose
be HIN di ans leben ge hängt
verSTRÖMT strom gefährliche
rollschafft mitfahrer ge
sucht umkurvt
umrollt stuhlauto rollwagen
rollway roll away
auf höhe eins 20
HERR krüppel
gut nacht.

ed schmitt

Aus der Werkstatt München im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt stellen wir vor: ed schmitt, geboren 1964 in Nordbayern, Pfleger für Behinderte. „So eine Bilderflut habe ich noch nie gesehen. Das Gedicht gewährt allen Asyl. Es ist Auge, Ohr, Nase und Mund. Das Luftgeschäft der Poesie ist der Alltag, den die Literatur verankert, ‚Links‘, wo das Herz ist. (ed schmitt)

die jedes wort als verlorenes ansieht
in die enge des raums gequetscht
die sofort beim eintritt da ist
endlos einhergeht
ein seitenlanges schweigen zement unter der
schädeldecke schweigen
schweigen schwieg geschwiegen
mehr vermag er nicht dazu
zu geben eine
hülle nur tapeten
werfen sprüche ab
blasen seine anwesenheit in den raum
nach 3 worten wird er
stets & beharrlich abgebunden
ganz einfach verschwiegen
diese verschwiegenheit und die forderung nach
anwesenheit
nötigen ihn
es ist eine lärmelästigung
dieses schweigen dulden zu müssen
schreie
— die geradewegs eine klammer nach innen sind —
gewährt er nicht
in endlosen tonarten reden sie nicht mit ihm
hoffen er werde die wut befrieden
den schaum des erstickens unsichtbar machen
schweigt er versuchsweise leiser — pst pst —
kämpft um ein schweigen das ihm allein gehört
die einzige verhandlungsgrundlage zwischen
den mahlzeiten ist
das tonlose schweigen zu brechen
mit sprechen schweigen zu verharmlosen
war es wenigstens schön
mit einer frage nehmen sie das leben
in unterbindungsgewahrsam
würgen gleichsam jedes reden
sprechen sie das schweigen vor
auf jeden lebenswasserfall
gegen alles & für nichts
die redensart ist ihre formlose verweigerung
an die sie sich gewöhnt haben
die so schön im mund liegt
das kartenhaus dieses schweigens ist die angst
ausdrücklich zu schweigen
& darin einzustürzen
ob das schweigen aus interesse hervorgeht
aus überdruß oder aus etwas heraus überhaupt



Foto: Markus Dosch

dauert die jahre an
verstummt sogar vor sich selbst
ohne berührung 2 schweigen
verhüllen das nichts vielleicht beschaulich
und doch
ohne die gabe des schweigens — die der stille jeden ton
gestattet in der jede einen atemzug sich selber hätte —
ist was es ist was es ist
wie schweigen zu regeln ist

vielleicht hilft da ein solidaritätskomitee
für ein gerechteres schweigen
die tonlose bewegung findet im wörterbuch
auch wunder
wenn doch ein satz fällt:
erschrocken er doch schnell verschwunden
reichlich mit schweigen gefüttert
ohne sätze ausdrücklich gemeint & gegessen gar
ohne garantie ohne schweigeversicherungsschutz
scheint abwesenheit die friedvollste
art zu sprechen.

-93-

ädmän

sten schon wieder, und er hörte ihre Streiterei beim Kartenspielen.

Dann war es Zeit zum Mittagessen. Sie zogen ihre Sommeruniformen an, und Marko zog das Halstuch langsam und sorgfältig durch den Knoten. Mitten hinein in ihre Vorbereitungen platzte die schneidende Stimme des Lagerleiters aus dem Lautsprecher. Die Stube „Drei“ solle noch vor dem Mittagessen in der Stube antreten, er werde gleich kommen. Ratlos blickten sie sich an und Walter, ihr Stubenältester, fragte:

„Was will denn der von uns? Hat er denn immer noch nicht genug von heute vormittag?“ Mhmm, dachte Marko, ich möchte auch wissen, was der Mehringer von uns will. Ob die Schwester...?

„Achtung“, brüllte Walter. Sie sprangen aus den Betten und von dem großen Tisch weg und reihten sich in der Stubenmitte auf.

Der Lagerleiter stapfte herein und hinter ihm Bucki.

„Stube ‚Drei‘ vollzählig angetreten!“ schnarrte Walter. Als der Stubenälteste

stand er an der Spitze der Jungen und drängelte sie in Reih und Glied.

Der Lagerleiter und Bucki pflanzten sich vor ihnen auf, und Mehringer starrte an ihnen vorbei zum Fenster hinaus. Seine eisgrauen Augen funkelten böse, und sein kantiges Gesicht war fahl und angespannt.

„Pimpf Marko Koller vortreten!“ Die Stimme Mehringers drang schneidend in ihn. Aber er wartete nicht, bis Marko aus der hinteren Reihe nach vorne kam, sondern er schob die Jungen beiseite und zerrte Marko am Knoten des Halstuchs, und seine eisgrauen Augen bohrten sich in sein Gesicht. Er versuchte wieder, den durchdringenden Blicken auszuweichen, aber der Lagerleiter herrschte ihn an:

„Schau mir in die Augen, Hundsott!“ Und dann versetzte er ihm mit dem Handrücken einen krachenden Schlag ins Gesicht. Er ließ seinen würgenden Griff nicht locker, und zwischen den dünnen Lippen stieß er bei jedem Schlag hervor:

„Und du willst ein Hit ... ler ... jun ... ge sein ... du traurige Schieß ... bu ... den ... fi ... gur ... du elende Kreatur ... Halunke ... das ist für die Schlei ... fe ... rei ... von heute vormittag ... du rotzfrecher Dummkopf!“

„Sie hat mich verraten!“ Er versuchte gar nicht mehr, den wuchtigen Schlägen Mehringers auszuweichen, und wie von weit draußen, aus dem Klostergarten, hörte er die kreischende Stimme Mehringers:

„... ich werd dir helfen ... dich über die Schleiferei zu mokieren ... aahhh ... hier wird nicht geschliffen!“ Seine Stimme überschlug sich, und er schrie über den Jungen hinweg: „Hier gilt nur mein Wort ... aahh ... aahh ... habt ihr alle verstanden ... ? Und dieser Saukerl ... dich häng ich zum Fenster hinaus, daß dich die Spatzen da draußen abfieseln wie einen eklen Knochen! Das soll euch allen zur Warnung dienen, meine Herren! ... Pfui Teufel ... pfui Teufel!“ Mehringers Körper bebte, und er spuckte vor Marko auf den Boden.

Und ein letztes Mal knallte sein kantiger Handrücken in Markos Gesicht. Dann stieß er ihn voller Verachtung von sich und schrie: „Kommen Sie, Fähnleinführer ... Heil Hitler ... Heil Hitler!“ Sie stürmten beide aus der Stube, und Bucki warf die Tür krachend ins Schloß. Die Jungen blieben reglos in der Mitte der Stube stehen.

„Sie hat mich verraten!“

Sie standen alle um Marko herum. Luga hielt ihm ein Taschentuch unter die Nase, und Marko wischte sich damit das Blut aus dem Gesicht. Er hörte Alois flüstern: „Mensch, wie hat der den Marko zugerichtet ... der hat ihm ja das ganze Nasenbein kaputtgeschlagen ...“ Und Bruno sagte: „Jetzt hat der Marko für ewige Zeiten beim Mehringer verschissen.“

Marko taumelte zu seinem Bett und ließ sich auf die harte Matratze fallen. Er vergrub sein brennendes Gesicht in das Kopfkissen, und ein lautloses, unaufhörliches Schluchzen ließ seinen Körper erbeben.